Nr. 12

conAction

OWL von unten

LEST UND VERBREITET DIE conAction

...und schreibt, zeichnet, fotografiert... doch mal was:
conaction@riseup.net

Trumps „America First“ in der Handelspolitik

Autoritärer Kommunismus

Die autoritäre Arbeiterbewegung

REGELMÄSSIGE TERMINE IM FAU-LOKAL

Gewerkschaftliche Beratung und Café
Jeden Montag von 16.00 - 18.00 Uhr

Offenes Treffen des Allgemeinen Syndikats der FAU Bielefeld
Montags in den ungeraden Kalenderwochen 18:30 Uhr

ANARCHISTISCHE KLASSIKER*INNEN
Am zweiten Mittwoch des Monats 19:30 Uhr

Treffen des ANARCHISTISCHEN FORUMs OWL
Jeden Mittwoch 18 Uhr

KÜCHE FÜR ALLE
Am ersten Mittwoch des Monats 19:30 Uhr

LIBERTÄRER LESEKREIS
Jeden ersten und dritten Freitag des Monats 19 Uhr

SCHWARZER FREITAG
Am letzten Freitag des Monats 20 Uhr

CHECKT FÜR DETAILS DIE HOMEPAGES:
http://bielefeld.fau.org/
http://aforumowl.blogsport.de/

Liebe Freunde_innen und Genossen_innen,

wie Ihr sicher bemerkt habt, gab es die conⒶction Nr. 11 nicht als Printausgabe.
Dieses Versäumnis wollen wir nicht wiederholen und Ihr findet die conⒶction Nr. 12
deshalb wie gewohnt gedruckt in verschiedenen sozialen Zentren.

In dieser Ausgabe findet Ihr Texte zur autoritären Arbeiter*innenbewegung, zum autoritären Kommunismus,
zur Kapitalismuskritik, zur Kritik an Trumps Wirtschaftspolitik, zur Schulkritik und schließlich
zur anarchosyndikalistischen Bewegung in Deutschland.
Daneben gibt es schöne, autoritätskritische Gedichte und einige
Hinweise zum Anarchismus vor Ort.

PS: Der Text „Killing System" in Ausgabe Nr. 10 war nicht von Alex.

Damit die conⒶction interessante Inhalte verbreiten kann, wäre es schön,
wenn Ihr Euch an dem Projekt beteiligt.

Lest, unterstützt und verbreitet die conⒶction! Wir können auch für die Finanzierung der Miete
des FAU-Lokals in der Metzer Straße 20 in Bielefeld Eure Unterstützung gebrauchen.

Mit anarchistischen Grüßen, Eure
conⒶction-Redaktion

Die conⒶction ist ein libertäres Magazin aus dem Raum OWL.
Ziel dieser Publikation ist es, anarchistische Sichtweisen auf lokale
- und darüber hinausgehende - Ereignisse zu liefern.
Ein weiteres Ziel ist es, das vorherrschende Bild vom Anarchismus zu widerlegen
und aufzuzeigen, dass es Alternativen zum jetzigen System gibt,
die sich nicht darin erschöpfen auf eine starke Hand zu hoffen oder Teil einer
wie immer gearteten Heilslehre zu sein.
Nein, die Befreiung unserer Gesellschaft besteht darin, sich jeder Knechtschaft zu verweigern.
Die Herrschaft eines Führers oder einer Elite ist die Negation von Freiheit,
die Befreiung der Menschheit kann nur von unten erfolgen.
Freie Menschen in freien Vereinbarungen - dafür steht die conⒶction.
Wenn du Teil dieser Idee sein möchtest melde dich bei:

conaction@riseup.net

Unter dieser Adresse kannst du dich auf den Verteiler der ABOLISTE setzen lassen,
die Treffen der Redaxion erfragen und alles Weitere.....

INHALT

Trumps „America First" in der Handelspolitik 4

Autoritärer Kommunismus 12

Die autoritäre Arbeiterbewegung 14

Warum ich gegen den Kapitalismus bin 20

Die Produktion des reinsten Tauschwertes 22

Parteisozialismus, Syndikalismus oder Anarchismus? 24

AFOWL: Warum haben wir uns föderiert? 30

Individual-Anarchismus 32

Schulkritik 34

Das FAU – Lokal 36

Trumps „AMERICA FIRST“ in der Handelspolitik

Bereits während des Wahlkampfs sorgte Donald Trump, inzwischen der neue Präsident der USA, mit seinen Auslassungen zur US-Handelspolitik für Aufsehen. Sowohl seine Gegnerschaft zum Trans-Pacific Partnership (TPP) (1) als auch seine Pläne zur Neuverhandlung des North American Free Trade Agreements (NAFTA) mit Kanada und Mexiko haben weltweit für Aufregung gesorgt. Dazu kam seine Ankündigung, dass die USA aus der Welthandelsorganisation (WTO) austrete, würde die Organisation seine Handelspolitik (vor allem seine Pläne für Zölle gegenüber Mexiko) gefährden. (2)

Sollte derlei während seiner Amtszeit zur Realität werden, wäre dies ein Bruch mit der bisherigen US-Handelspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg. Allerdings muss sich erst noch zeigen, ob seine Regierung diese Vorschläge tatsächlich umsetzen wird. Bislang hat Trump keine umfassende handelspolitische Strategie vorgelegt, die Nominierung seiner Kabinettsmitglieder für Handelsfragen ist gerade erst abgeschlossen und zu so wichtigen handelspolitischen Themen wie TTIP hat Trump noch keine detaillierten Positionen vorgelegt. Im Folgenden soll nicht über die konkrete Handelspolitik Trumps spekuliert werden. Vielmehr soll anhand des bislang Gesagten geklärt werden, warum trotz des deutlichen Richtungswechsels zur Handelspolitik seiner Vorgänger eine große Gemeinsamkeit bleibt: das Ziel, die nationale Reichtumsproduktion zu unterstützen. Zweitens wird erklärt, in welcher Hinsicht Trump tatsächlich von der bisherigen US-Handelspolitik abweicht und welcher Standpunkt dahinter steckt.

Ein und derselbe Zweck wie eh und je

Für Trump ist klar: Schuld an den aktuellen wirtschaftlichen Problemen der USA sind erstens ausländische Staaten und ihre Kapitale und zweitens die bisherigen US-Regierungen. Dem Ausland wirft Trump „foreign trade cheating“ (3) vor: Staaten würden dafür sorgen, dass sich ihre Kapitale keinem fairen Wettbewerb mit den USA und ihren Kapitalen stellen müssen. Zu den von Trump angeprangerten unlauteren Mitteln gehören u.a. staatliche Subventionen, Importquoten für US-Produkte in Japan und „Währungsmanipulation“ in China.

All das sind staatliche Schutzmechanismen für das jeweilige heimische Kapital, die von der WTO bekämpft werden und bereits Gegenstand von Streitigkeiten zwischen den USA und anderen Staaten waren. Auch bisherige US-Regierungen haben diese Schutzinstrumente mit negativen Auswirkungen auf US-amerikanische Kapitale kritisiert. So haben die USA auch in der Vergangenheit bereits mit Strafzöllen und anderen Importregelungen reagiert und offensiv – in Worten und Taten – ihr Interesse am amerikanischen Erfolg über das „gute Funktionieren der Weltwirtschaft“ insgesamt gestellt.

(4) Jedoch wurde in der politischen Kalkulation bislang so entschieden, dass die Politik anderer Staaten kritisiert und gemäß der eigenen Güterabwägung mit Drohungen und Versprechen konfrontiert wurde (z.T. auch weil solche Maßnahmen indirekt und an anderer Stelle auch mal dem US-Interesse mal dienen können). Als Verhandlungsmasse wurden sie im ständigen Gegeneinander genutzt, um im Gegenzug Zugeständnisse von anderen Staaten zu erhalten. Trump wirft nun denjenigen „'Handelspartnern" eine unfaire Handelspolitik vor, über deren Erfolg er unzufrieden ist, wenn er sie im Verhältnis zu unzureichenden US-Erfolgen betrachtet (z.B. Arbeitsplatzabbau in den USA, Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse exportstarker Nationen): Das könne nicht mit rechten Dingen zugegangen sein, die betrieben eigentlich keinen richtigen Freihandel; richtiger Freihandel würde US-Kapitalen zur Durchsetzung verhelfen. Also hätten sie „unfair" gehandelt. Trump denkt vom Resultat mangelnder Konkurrenzerfolge her. So kommt er auf Konkurrenten, die diesen Erfolg verhindert hätten – aber nicht, weil sie überlegen gewesen wären, sondern weil sie unlautere Konkurrenzmethoden angewendet hätten. Daran wird deutlich, dass der Erfolg der USA für Trump keine Frage der Konkurrenz ist (möge der Bessere gewinnen), sondern ein nationales Recht. (5) Die USA sind für US-Nationalist*innen eben von vornherein "besser", ihnen steht der Erfolg darum als Recht zu, und wenn es mit rechten Dingen zuginge, würde er sich auch einstellen.

Darüber hinaus hätten es Trumps Vorgänger seiner Meinung nach versäumt, in derlei internationalen Handelsgesprächen mit aller Macht auf US-Interessen zu pochen und diese auch durchzusetzen. Sie seien an ihrer Aufgabe gescheitert, die USA als starke und unnachgiebige Nation zu repräsentieren. Hätten sie das getan, wären solche Zugeständnisse auch nicht notwendig gewesen. Analog zum eben angesprochenen Recht der USA auf Erfolg macht Trump an den Erfolgen anderer Staaten folgendes fest: Die hätten sich durchgesetzt, was aber nur sein könne, weil US-Regierungen durchsetzungsschwach gewesen seien, durch ihre Politik Amerika schwach gemacht hätten und sie sich hätten ausnutzen lassen (was sich ja am Erfolg der anderen Nationen zeige) – nicht für die anderen, sondern für Amerika gehöre Politik gemacht.

Diese Kritik an den Vorgängerregierungen ist sachlich (wie alle WTO-Runden und die Bedingungen von Freihandelsabkommen wie NAFTA oder die Verhandlungen zu TPP und TTIP zeigen) Quatsch. Der 45. Präsident kündigt nun aber etliche Güterabwägungen der vorherigen Regierungen auf – oder droht damit, um Zugeständnisse durchzusetzen. So macht Trump deutlich, dass er rücksichtsloser als seine Vorgänger auf US-Handelspartner zugehen wird. Er ist der Meinung, dass die USA dank ihrer Stärke keine Kompromisse eingehen bräuchten und internationale Verträge ganz in ihrem eigenem Interesse abschließen können. Denn seiner Ansicht nach sei das bisher nicht so geschehen, und so seien die aktuellen Probleme der US-Wirtschaft überhaupt erst verursacht worden: „America became the world's dominant economy by becoming the world's dominant producer. The wealth this created was shared broadly, creating the biggest middle class the world had ever known. But then America changed its policy from promoting development in America, to promoting development in other nations. We allowed foreign countries to subsidize their goods, devalue their currencies, violate their agreements, and cheat in every way imaginable. Trillions of our dollars and millions of our jobs flowed overseas as a result. I have visited cities and towns across this country where a third or even half of manufacturing jobs have been wiped out in the last 20 years. Today, we import nearly $800 billion more in goods than we export. This is not some natural disaster, it is politician-made disaster. It is the consequence of a leadership class that worships globalism over Americanism." (7)

Trump wirft der „'politischen Klasse" vor, nicht das Wohl der eigenen Nation im Sinn gehabt zu haben. (6) Damit liegt er falsch. Die Zwecksetzung der Handelspolitik eines jeden westlichen Staates ist es, die eigene Nationalökonomie zu stärken. Notwendig wird dann eine Politik, die dies durchsetzt, auch gegen den Willen und zum Nachteil der anderen Staaten, die dasselbe für ihre Ökonomie und ihren Standort wollen und damit an vielen Stellen Gegensätzliches verfolgen. Dass US-Interessen an erster Stelle stehen sollten, darin sind sich Trump als auch seine Lieblingsfeinde unter seinen Vorgängern, Bill Clinton und Barack Obama, ausnahmsweise einig. So freute sich Bill Clinton bei der Unterzeichnung von NAFTA 1993: „America is where it should be, in the lead, setting the pace" (8)

und Barack Obama machte 2016 mit folgenden Worten Werbung für TPP: „America should write the rules." (9) Genauso liegen aber auch KritikerInnen falsch, die behaupten, dass Trump gar nicht zum Wohle der Nation regieren wolle. So twittert beispielsweise die demokratische US-Senatorin Elizabeth Warren: „Americans deserve to know that the President is doing what's best for the country – not using his office to do what's best for himself." (10) Der Standpunkt, von dem aus Trump seine Handelspolitik plant und kalkuliert, ist ein und derselbe wie der aller bisherigen US-Präsidenten. Sie alle verfolgen ein gemeinsames Ziel: Das nationale Kapital muss wachsen. Nur darüber, wie dieses Ziel am besten erreicht wird, herrscht Uneinigkeit. Ihre Uneinigkeit geht soweit, dass sie sich gegenseitig des Vaterlandsverrats beschuldigen: Jede Seite meint, mit der eigenen Strategie die Nation voran zu bringen und bestreitet, dass ihre Kontrahenten dieselbe Zielsetzung haben.

Neuer Kurs auf altes Ziel

Während in den letzten Jahrzehnten die zentrale Strategie Washingtons auf möglichst freien Handel – wenn auch zu US-amerikanischen Konditionen – durch globale bzw. in den letzten Jahren zunehmend durch regionale Handelsverträge setzte (11), kündigt der neue US-Präsident eine Kursänderung an: Um die nationale Ökonomie zu stärken, plädiert Trump für mehr bilaterale Verträge und mehr Protektionismus. In der Vergangenheit gab es – grob gesprochen – zwei Strategien mit den wirtschaftlichen Problemen der USA umzugehen: Die eine, demokratische, setzte auf die Durchsetzung von US-Interessen durch Freihandel in möglichst großem Stil in Kombination mit einer Verbesserung der heimischen Voraussetzungen und Bedingungen für das Wirtschaftswachstum (Investitionen in die Infrastruktur, Einwanderung von nützlichen Arbeitskräften, aber auch Bildungsoffensiven, Maßnahmen zum Erhalt der Arbeiter*innenklasse wie die Krankenversicherung). Die andere, republikanische Strategie setzte auf Verbesserung der Konkurrenzbedingungen des US-Kapitals (weniger Steuern, weniger Gesetze) bei gleichzeitiger „Korrektur" des globalen Freihandels durch bilaterale Verträge und Abkommen, die zu großen, US-dominierten Freihandelsblöcken führen sollten. Beide Strategien widersprechen sich nicht wirklich, haben sich aber in den letzten Jahren häufig blockiert. Trump will nun die Kombination von beiden, ohne Migration und ohne Verpflichtung auf das Ideal des Freihandels. Ob von seiner groß angekündigten Investitionsoffensive viel übrig bleibt, wird sich zeigen. Die neue Rücksichtslosigkeit in der Handelspolitik zeigt sich jedenfalls schon jetzt. So stellte er nach seiner Wahl in einer ersten Videobotschaft klar, was er am ersten Tag seiner Präsidentschaft vor hat: „To withdraw from the TPP, a potential disaster for our country. Instead, we will negotiate fair, bilateral trade deals that bring jobs and industry back onto American shores." (12) Dieses Versprechen hat er eingehalten und den Austritt der USA aus TPP erklärt. Von seiner Alternative, Handelspolitik in bilateralen Verträgen zu betreiben, verspricht er sich, die wirtschaftliche Macht der USA besser ausspielen und für eine im Verhandlungsergebnis bessere ökonomische Schaden-Nutzen-Rechnung nutzen zu können. Mit dieser Einschätzung könnte er sogar richtig liegen: Mit nur einem einzelnen Staat als Verhandlungspartner hat die USA als politisch wie ökonomisch überlegene Macht wohl in der Tat bessere Chancen, da kaum ein einzelner Staat der Weltmacht in der internationalen Staatenkonkurrenz das Wasser reichen kann. Trump will also sehr wohl weiterhin internationale Handelspolitik betreiben, jedoch nicht länger in multi- oder plurilateralen Abkommen mit mehreren Ländern gleichzeitig, da er befürchtet, dass die USA dann zu große Zugeständnisse machen müssten und damit Einschnitte in die Interessen der USA erlauben würden. Anders als seine Vorgänger, so verspricht er, würde er so dafür sorgen, dass die USA nicht mehr auf Kosten der eigenen Interessen auf andere zugehen müsse: „The era of economic surrender will finally be over. A new era of prosperity will finally begin. America will be independent once more. Under a Trump Presidency, the American worker will finally have a President who will protect them and fight for them." (13)

Dieser „Schutz" der Arbeiter ist der zweite große Bestandteil seiner bisherigen Handelsagenda. Sowohl Trump als auch Clinton sind mit dem gern gehörten Versprechen angetreten, sich um das Wohl der Nation zu sorgen, sich um die Bedürfnisse der amerikanischen Arbeiter*innen zu kümmern und ihnen Arbeitsplätze zu verschaffen. Dabei wird verkannt, dass Lohnarbeit es in der Regel nicht hergibt, dass mensch gut davon leben kann – sondern vielmehr einen objektiven Schaden davonträgt. Denn um das Wohl der Nation mittels einer erfolgreichen Nationalökonomie zu verwirklichen, muss das nationale Kapital erfolgreich sein. Der Erfolg des Kapitals beruht aber darauf, dass Lohnabeiter*innen ihr Leben lang in der abhängigen Position verbleiben, welche sie jeden Tag aufs Neue zur Arbeit für andere zwingt, um so gerade mal ihren Lebensunterhalt (und oft genug auch das nicht) sicherstellen zu können. Dabei sollen die Lohnarbei-

ter*innen zu möglichst geringen Kosten so intensiv wie möglich genutzt werden – und werden ggf. auch durch Maschinen ersetzt, sollten diese in der Kosten-Nutzen-Kalkulation günstiger abschneiden. An der miserablen Situation der Lohnarbeiter*innen ändert also auch der so oft beschworene Erfolg der Nation nichts – auch wenn viele Versprechen nach einem Arbeiterbeglückungsprogramm klingen, was sie aber nicht sind. Ganz im Gegenteil: Der Erfolg der Nationalökonomie basiert auf der Plackerei der Lohnarbeiter*innen. Wenn es nun durch die Öffnung der Märkte mittels Freihandelsabkommen zu mehr Konkurrenz zwischen den Firmen kommt, werden diese – um unter dieser verstärkten Konkurrenz überleben zu können – ihr Personal noch mehr auf wachsende Leistung zu sinkenden Kosten trimmen (wenn sie nicht den Produktionsstandort auch wegen geringerer Lohnkosten ins Ausland verlegen). Mehr Konkurrenz heißt also mehr Lohndruck und mehr abverlangte Leistung. Oft genug hilft der Staat noch nach: Von staatlicher Seite wird das nationale Kapital in diesem Kon-

kurrenzkampf beispielsweise durch Arbeitsmarktreformen unterstützt, die dafür sorgen, dass das nationale Lohnniveau „international konkurrenzfähig" wird, sprich der Lohn gesenkt wird. So etwa, wenn der Staat passend zum gesteigerten Lohndruck die Sozialleistungen senkt und damit die Arbeitskraft noch billiger macht. Genau diese gesteigerte Konkurrenz ist für kapitalistische Staaten ein wichtiger Weg zu mehr Wachstum, was sie mit einem Mehr an nationalem Wohlstand gleichsetzen. Auf die Lage der Lohnarbeiter*innen hat dies eher den gegenteiligen Effekt. Diese Dynamik gilt sowohl bei multi- als auch bei bilateralen Freihandelsabkommen, in denen Staaten zu gegenseitigen Zugeständnissen bereit sind – egal ob von Trump, Clinton oder Obama politisch forciert. Auch durch den von Trump propagierten Protektionismus sind eine verschärfte Konkurrenz und die für die Lohnarbeitenden unangenehmen Folgen nicht einfach aus der Welt: Wenn Firmen mittels Strafzöllen auf Importe gezwungen werden, ihre Produktionsstätten in den USA zu behalten bzw. dorthin zurückzuverlegen, heißt das im Zweifelsfall, dass sie aus politischen Gründen Abstriche an Profiten machen. Sie würden unter den neuen politischen Bedingungen in den USA produzieren, was teurer wäre als früher – aber immer noch billiger, als wenn sie im Ausland zwar billiger produzierten, aber hohe Strafzölle zahlen müssten. Damit steigt der Druck an anderer Ecke, effizienter zu produzieren, damit steigt auch der Lohndruck und es wird den Arbeiter*innen mehr Leistung abverlangt. Nur so können Unternehmen einerseits in den USA rentabel wirtschaften (und sich im heimischen Markt behaupten), andererseits aber auch weiterhin im Ausland beim Absatz der Produkte konkurrenzfähig sein. Nur wenn Trump tatsächlich Deals für die USA abschließen sollte, in denen er ausschließlich Zugeständnisse von anderen Staaten erhält, selbst aber keinerlei Kompromisse eingehen müsste, ist ein steigender Konkurrenzdruck nicht vorprogrammiert. Dazu müsste er aber eine ganze Reihe solcher Abkommen abschließen (US-Firmen konkurrieren international ja mit Unternehmen aus vielen unterschiedlichen Ländern). Ob die USA die dafür notwendige absolute Machtposition hat, ist zu bezweifeln.

Kein reiner Protektionist

Auch wenn Trump sich für die Aushandlung anders gewichteter Abkommen stark macht, ist er kein reiner Protektionist, wie oft behauptet wird. Sein Plan ist schließlich nicht, einfach alle Freihandelsabkommen aufzukündigen. Vielmehr möchte er nur jene Handelsabkommen nachverhandeln oder aufkündigen, in denen seiner Meinung nach die USA schlecht abschneiden. In einem Interview mit CNBC sagte er entsprechend im August 2016: „But we are absolutely going to keep trading. I am not an isolationist. And they probably think I am. I'm not at all. I'm a free trader. I want free trade, but it's got to be fair trade. It's got to be good deals for the United States." (14) Trump ist also für Freihandel, so lange dies US-amerikanischen Interessen dient. Was er dabei allerdings verkennt: Dies ist keine neue Prämisse. Kein Präsident vor ihm hätte auch nur über ein Abkommen verhandelt, wenn er nicht gedacht hätte, dass es US-Interessen dient. Um diese auch durchzusetzen, will er in bilateralen Verhandlungen dafür sorgen, dass die USA stärker als bisher die Spielregeln des Handels schreibt. Diese Regeln möchte Trump nun so gestalten, dass es Freihandel gibt – aber nur so lange, wie er der USA unmittelbar nützt; die anderen Staaten müssen sich tendenziell damit abfinden, dass ihr Nutzen nicht der Maßstab von gemeinsamen Verträgen ist. Ansonsten soll der Freihandel eingeschränkt werden: Wenn etwa zum

Schutz US-amerikanischer Kapitale protektionistische Maßnahmen wie z.B. Einfuhrzölle notwendig sind, möchte er diese auch einsetzen können.

Angesichts der momentanen weltweiten Wachstumskrise des Kapitals werden „alte" handelspolitische Instrumente von vielen Seiten wieder aus den Schubladen gezogen, schließlich gilt es, das nationale Wirtschaftswachstum anzustoßen – und da ist der Politik zuweilen jedes zur Verfügung stehende Mittel recht, selbst wenn das international zum Konflikt führen könnte. Dementsprechend kommen bestehende Verträge auf den Prüfstand und es wird die Frage neu gestellt, wie hoch der nationale Nutzen von Freihandelsabkommen für den Staat eigentlich ist. Profitiert die eigene Ökonomie nicht von einem gegenseitigen Arrangement, taugt ein Handelsvertrag offensichtlich nicht als Mittel in der internationalen Staatenkonkurrenz. Diese Abwägung wird keineswegs nur in den USA und bei Trump vorgenommen: Bei den Verhandlungen zu TTIP kamen bereits von vielen Seiten, in Deutschland vor allem von der SPD, solche Überlegungen zum Tragen. Der damalige deutsche Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel etwa will TTIP „nicht um jeden Preis" und ist auch nicht bereit, „sich den Amerikanern zu unterwerfen". (15) Für Trump scheint in dieser Kalkulation ein Mehr an vereinbarter Kapitalfreiheit nicht per se das Mittel für mehr Wachstum der US-Wirtschaft zu sein: Sein Slogan lautet vielmehr: „Buy American, hire American!" – je amerikanischer das Kapital, desto besser. Ob die Nationalität bzw. der Standort des Kapitals alleine tatsächlich das Erfolgskriterium für die US-amerikanische Ökonomie insgesamt sind, das wird sich noch zeigen. Trump will diesen Weg einschlagen und setzt verstärkt auf die unmittelbare Förderung des nationalen Kapitals sowie den Versuch, Produktionsstandorte ausländischer Kapitale in die USA zu holen. Vor direkten Drohungen gegenüber heimischen Firmen wie Carrier schreckt er dabei nicht zurück. (16) Dabei setzt Trump auf die Abhängigkeit des nationalen Kapitals vom eigenen Staat, die durchaus eine Grundlage hat: Jedes international agierende Kapital ist auf seinen Staat als Garantiemacht in seinen auswärtigen Geschäften angewiesen. (17) Ein Unternehmen kann dem heimischen Markt also nicht ohne Weiteres den Rücken kehren und darf es sich dementsprechend nicht mit der eigenen Regierung verscherzen. So lässt es sich dann auch leichter für nationale Zwecke einspannen. Aktuell warnt Trump beispielsweise US-Firmen wie Ford oder General Motors davor, ihre Fabriken in das Billiglohnland Mexiko zu verlegen und von dort fertige Autos in die USA zu reimportieren. Der US-Präsident wirft ihnen vor, den Vereinigten Staaten nicht treu zu sein. Sie hätten bislang nur ihre eigenen Interessen verfolgt, aber nun werde er dafür sorgen, dass sie sich wieder amerikanisch verhielten, also auch wieder ihre Nation im Blick hätten. Trump mischt sich damit unmittelbar in die Privatwirtschaft ein. (18) Weiterhin droht er gleich ganzen Staaten wie etwa Mexiko, welches zur Sicherung der eigenen Nationalökonomie stark auf Investitionen aus dem Ausland angewiesen ist – denn es produzieren nicht nur US-Firmen Autos für den US-Markt in Mexiko, sondern auch deutsche Unternehmen wie VW und Audi. Trump hätte nun gerne, dass all diese Unter-

nehmen, egal ob aus den USA stammend oder nicht, ihre Autos in den USA herstellen und überzieht dementsprechend auch ausländische Firmen mit solchen Forderungen. (19) Trumps Drohung ist somit auch global zu verstehen: Er zeigt am Beispiel Mexiko sehr deutlich, dass in seinem Verständnis sowohl US-Firmen als auch andere Staaten und ihre Kapitale sich dem Willen der USA und ihren Interessen zu unterwerfen haben.

Die bislang verhandelten Freihandelsabkommen prangert Trump als einen Verzicht auf die angeblich unverzichtbaren nationalen Mittel in der Staatenkonkurrenz an (z.B. Exportbeschränkungen und Importzölle um die eigenen Kapitale vor der ausländischen Konkurrenz zu schützen). Freihandelsabkommen wie NAFTA hätten die Wirtschaft der USA anderen Staaten preisgegeben und von ihnen abhängig gemacht. (20) Deswegen sieht Trump – anders als die Obama-Regierung – in TPP auch kein Mittel, um die USA wieder zum erfolgreichen Produktionsstandort zu machen. Für ihn werden in diesen und weiteren Handelsabkommen (z.B. NAFTA, potenziell auch WTO) US-Interessen untergraben – und zwar egal, wie objektiv rücksichtslos die USA bei all diesen Ver-

handlungen in den letzten Jahrzehnten die Spielregeln diktiert hat. Was Trump dabei übersieht: Mit oder ohne Abkommen sind die USA ökonomisch von anderen Staaten abhängig, so wie auch andere Staaten von den USA abhängig sind (wenn auch in unterschiedlichem Maße). Schließlich bedeuten Handelsabkommen eigentlich eine gegenseitige Ausnutzung, das heißt für jede Seite muss etwas Vorteilhaftes in Aussicht stehen. Trump will nun aber, dass allein die USA an der Welt verdient und dass das amerikanische Kapital dafür alle Möglichkeiten bekommt, ohne anderen Staaten dieselben Möglichkeiten – zumindest nicht in der Allgemeinheit – zu eröffnen. Wie eine Handelspolitik aussehen soll, die nun ausschließlich nach US-Interessen gestaltet ist und keinerlei Zugeständnisse von US-Seite enthält – und wie realistisch sie in Verhandlungen durchsetzbar ist, scheint für Trump aktuell weniger relevant. Ihm geht es darum, nochmal rücksichtsloser den eigenen Nutzen, und wenn's sein muss, auch zum Schaden der anderen Nationen durchzusetzen: Die eigene Macht soll an möglichst wenig relativiert werden. Jede ökonomische Nutzen-Schaden-Rechnung – wie sie eben bei Verhandlungen zu Freihandelsabkommen ständig und von allen Seiten aufgemacht werden – wird für Trump zur viel generellen Frage danach, wer sich von wem überhaupt Bedingungen gefallen lassen muss, wer wem ein Entgegenkommen und Zugeständnisse abringen kann. Für Trump ist deswegen bei den Verhandlungen vor allem entscheidend, dass die anderen Länder die Führungsmacht der USA und zwar ohne Abstriche anerkennen. Aus der Sicht Trumps hat sich die USA in dieser Frage bislang nicht rücksichtslos genug gegenüber dem Rest der Welt verhalten. Das soll sich nun ändern. Die ökonomische Abhängigkeit voneinander und gleichzeitig der Wettbewerb gegeneinander, die in den letzten Jahrzehnten mittels einer berechnenden Kooperation in Form von Handelsverträgen eine Verlaufsform gefunden hat, würde sich so mehr hin zu einem Kräftemessen gegeneinander verschieben, das sich stärker um Über- oder Unterordnung dreht.

Zusammenfassung

Trumps Handelspolitik folgt der gleichen Zielsetzung wie die US-Handelspolitik seiner Vorgänger: Damals wie heute betätigen sich US-Präsidenten als Nationalisten, wollen ihre Nation in der internationalen Staatenkonkurrenz nach vorne bringen. Dafür gilt es, US-Interessen in den Verhandlungen mit anderen Staaten durchzusetzen, wobei dies notwendigerweise zu Konflikten führt, wann immer die Interessen der anderen Staaten dem entgegenstehen. Jede Seite versucht, für sich das Beste herauszuholen – was oft

genug einen Schaden der anderen beinhaltet. Abgeschlossen werden diese Verträge nichtsdestotrotz und immer dann, wenn sich beide Seiten mehr Nutzen als Schaden davon versprechen, die Nachteile des Abkommens also in der Hoffnung auf andere Vorteile in Kauf nehmen. Dabei hat Trump andere Vorstellungen als die bisherigen Regierungen, auf welchem Wege dieses Ziel am besten erreicht werden kann. Über viele Jahrzehnte hinweg sahen US-Regierungen einen nach US-Vorstellungen gestalteten, multilateral organisierten, globalen Freihandel als Mittel der Wahl an: Um globale Märkte für das US-Kapital zu öffnen, war die USA bereit, selbst Zugeständnisse zu machen, um die Freihandelsbedingungen im US-Interesse und weitestgehend nach US-amerikanischen Regeln durchsetzen zu können. Trump dagegen fordert nun mehr Protektionismus als Freihandel, so dass die Vereinigten Staaten möglichst wenig Zugeständnisse gegenüber anderen Staaten machen müssen – auch wenn dies heißen könnte, dass US-Kapitale weniger Handelserleichterung erhalten werden. Derzeit scheint er allerdings noch davon auszugehen, dass er im Namen einer „wieder erstarkten USA" Verträge verhandeln kann, die zwar Zugeständnisse anderer Staaten, aber kaum welche von Seiten der USA enthalten. Für Trump gilt unumstößlich, dass die Interessen der USA – und zwar ausschließlich der USA – bei allen internationalen Verhandlungen an erster Stelle stehen müssen. Dieser Prämisse haben sich seiner Meinung nach nicht nur alle anderen Staaten, sondern auch die US-amerikanischen Lohnarbeiter*innen und ihre Bedürfnisse, bedingungslos unterzuordnen.

Siehe auch:
Anmerkungen auf der Folgeseite!

Anmerkungen:

1) Trump hat gleich am ersten Arbeitstag seiner Präsidentschaft für den Austritt der USA aus TPP gesorgt. Bevor Trump TPP aufkündigte, war es bereits fertig verhandelt und unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert.
2) https://www.ft.com/content/d97b97ba-51d8-11e6-9664-e0bdc13c3bef
3) Donald Trump: Disappearing middle class needs better deal on trade, http://usat.ly/1pq0P6D
4)An diesem Problem laborieren die US-Regierungen seit den 1970er Jahren herum: Einerseits sind die USA der politische Hauptgarant des weltweiten Kapitalismus, und er würde ohne ihre politischen und militärischen Garantien und ohne ihre wirtschaftliche Potenz nicht so funktionieren, wie er das tut. Dennoch wollten sich die USA deswegen nicht auf den Standpunkt eines ideellen Weltgesamtkapitalisten verpflichten lassen, sondern den Anspruch, auch Hauptprofiteur der Weltwirtschaftsordnung zu sein, einlösen.
5) Trumps Logik zeigt sich gut an seinem Vorwurf, China habe seine Währung nach unten hin „manipuliert": China hat innerhalb des letztens Jahres seinen Devisenschatz um etwa eine Billion US-Dollar gesenkt, um seine eigene Währung zurückzukaufen. China hat also für mehr Nachfrage nach seiner Währung gesorgt, um deren Wertverfall im Zuge schrumpfender Wachstumsraten entgegen zu wirken. Faktisch hat es also ungefähr das Gegenteil von dem gemacht, was Trump China vorwirft. Trump macht einfach am US-Handelsbilanzdefizit und chinesischem Überschuss fest, dass China unfair gehandelt haben müsse. Amerikas Misserfolg gehöre sich einfach nicht.
6) Trump sieht dabei ganz von der aktuellen wirtschaftlichen Situation der USA im Verhältnis zu anderen ökonomischen Entwicklungen wie etwa der Automatisierung ab.
7) http://www.politico.com/story/2016/06/full-transcript-trump-job-plan-speech-224891
8) http://millercenter.org/president/speeches/speech-3927
9) https://www.washingtonpost.com/opinions/president-obama-the-tpp-would-let-america-not-china-lead-the-way-on-global-trade/2016/05/02/680540e4-0fd0-11e6-93ae-50921721165d_story.html?utm_term=.e5e4a9022f2c
10) www.huffingtonpost.com/entry/elizabeth-warren-trump-conflicts_us_58728387e4b099cdb0fd8845
11) Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde das GATT (General Agreement on Trade and Tariffs) gegründet, welches 1995 in die WTO (Welthandelsorganisation) überging. Das GATT fing mit ca. 20 Mitgliedern an, sind heute 164 Staaten Mitglied der WTO. In den 1990er Jahren wurden zunehmend zusätzliche Freihandelsabkommen zwischen zwei oder mehreren Staaten (bzw. Staatenbündnissen wie z.B. die EU oder ASEAN) geschlossen. In den 2000ern kamen hierzu zunehmend große Projekte (im Sinne von: viel Wirtschaftskraft umfassend), wie TPP oder TTIP.
12) Donald Trump zu TPP, 22.11.2016, erste politische Rede nach der Wahl (zitiert aus der Videobotschaft), www.telegraph.co.uk/news/2016/11/21/donald-trump-will-withdraw-us-tpp-day-one-gives-major-policy/
13) Trump speech, www.politico.com/story/2016/06/full-transcript-trump-job-plan-speech-224891
14) www.telegraph.co.uk/business/2016/11/22/difference-ttip-tpp-does-donald-drump-want-scrapped/
15) www.spiegel.de/politik/deutschland/ttip-sigmar-gabriels-kuehles-kalkuel-a-1110136.html
16) Carrier ist ein Klimaanlagenhersteller aus Indiana, der geplant hatte, Arbeitsplätze nach Mexiko zu verlagern.
17) Kommt es bei Tätigkeiten im Ausland zu Streitigkeiten, kann sich das auswärtig tätige Kapital an seinen Heimatstaat wenden, um seine Interessen auf politischer Ebene auch im Ausland in Anschlag zu bringen, z.B. durch diplomatische Bemühungen seines Heimstaates.
18) Eigentlich ist ein derartiges Einmischen der Politik in die Privatwirtschaft in den USA insbesondere bei Konservativen ein No go, dass als „Big Government" beschimpft wird. Es ist aber ein gutes Beispiel dafür, dass nicht das Kapital die Fäden zieht und Politiker eh nur Marionetten im Interesse großer Unternehmen seien. Vielmehr diktiert hier der Staat, nach welchen Regeln seine Unternehmen zu wirtschaften haben. Aktuell hat Ford als Reaktion auf Trumps Drohungen bereits angekündigt, doch nicht in Mexiko herzustellen – inwieweit wirklich wegen Trumps Drohung oder wegen anderer Überlegungen, ist unklar.
19) www.economist.com/news/business/21713899-instead-it-emphasised-new-investment-and-jobs-michigan-ford-motors-courts-donald-trump
20) In seiner „Jobs plan speech" erklärt er entsprechend sein Ziel, die wirtschaftliche Unabhängigkeit der USA wieder herzustellen, die Rede ist überschrieben mit: „Declaring America's Economic Independence", www.politico.com/story/2016/06/full-transcript-trump-job-plan-speech-224891

SCHERZKEKSE:

Soll heißen:
Bitte, bitte lieber Staat!
Lass uns doch bitte eine Revolution machen!
Du wirst es auch bestimmt nicht bereuen: wir bauen einen prima neuen Staat auf. Mit all den feinen Sachen wie Gulag, Schießbefehl und, und, und...

Die verschiedenen autoritär kommunistischen Parteien und Organisationen bezeichnen sich alle als emanzipatorisch. Wir wollen in diesem Beitrag analysieren, ob dies wirklich zutrifft. Uns ist bewusst das es außerparlamentarische Gruppen gibt welche den Begriff Kommunismus für sich benutzen, deren Theorie und Praxis nicht Autoritär ist, diese Gruppen werden im folgenden Text nicht angesprochen.

Theorie des autoritären Kommunismus

Laut der autoritär kommunistischen Theorie soll die Macht im Staat vom Proletariat – also der arbeitenden Bevölkerung – mittels der Kommunistischen Partei erlangt werden. Durch diese „Diktatur des Proletariats" soll eine neue Gesellschaft entstehen, in der die Menschen auf den endgültigen Status der Revolution vorbereitet bzw. getrimmt werden. Nach dem Motto „Die Partei hat immer Recht" wird jegliche Kritik an den Entscheidungen der führenden Organisation als konterrevolutionär deklariert und kriminalisiert. Dadurch, dass bereits vor der „Revolution" in den Organisationen eine kleine Anzahl von Parteikadern Entscheidungen trifft und die Basis nicht in Entscheidungsprozesse mit einbezogen wird und die autoritär kommunistischen Organisationen in der Gesellschaft eine Minderheit sind wird nach der Machtergreifung der Kommunisten diese Politik über die Köpfe der Menschen fortgesetzt. Wie sollen durch Zwang freie Menschen, wie durch Herrschaft eine herrschaftslose Gesellschaft und wie durch hierarchische Strukturen eine klassenlose Gesellschaft entstehen? Der Zweck heiligt nicht die Mittel. Der Weg muss sich nach dem Ziel richten.
Nach den Theorien des autoritären Kommunismus soll der neue Staat nach unbestimmter Zeit automatisch mit all seinen Machtstrukturen absterben und schließlich eine klassenlose Gesellschaft entstehen lassen. Ähnliches lassen auch kapitalistische Theoretiker verlauten, welche behaupten der Markt würde sich selbst regulieren. Bis heute haben autoritäre Kommunisten keine überzeugenden Argumente geliefert wieso die neuen Herrscher der kommunistischen Partei ihre Privilegien und ihre Herrschaft einfach so abgeben würden. Jeder, der sich auch nur ansatzweise mit dem Thema Herrschaft auseinandergesetzt hat wird spätestens an dieser Stelle merken, dass der Kommunismus mithilfe der Diktatur der Kommunistischen Partei allein wegen dieser Tatsache unmöglich bleibt. Dies beweist die Geschichte, worauf wir später noch eingehen.
Viele Faktoren, die uns im heutigen System Freiheiten rauben, gibt es auch nach einer kommunistischen Übernahme des Staates: Polizei/Gerichte/Gefängnisse/Geheimdienste, Verwertung fürs Zwangskollektiv, Pädagogik, Zentralisierung, Geld. Alle diese Zustände bleiben laut autoritär kommunistischer Theorie zunächst bestehen. Alle diese Zustände haben Herrschaft und Kontrolle als Ziel und können deshalb gar nicht zu einer klassenlosen Gesellschaft beitragen.
Wir könnten noch sehr lange die Missstände der kommunistischen Theorie analysieren, letztendlich ist der alles entscheidende Punkt und Fehler der autoritär Kommunistischen Theorie die Herrschaft und der Zwang zur „Freiheit".

Praxis des autoritären Kommunismus

Sowjetunion, Rumänien, China, Nordkorea, Kuba, Vietnam, Kambodscha, Jugoslawien, Venezuela, DDR, Albanien. All diese Staaten sprechen für das Scheitern des autoritären Kommunismus. Autoritäre Kommunisten versuchen diese Staaten oft zu verteidigen, indem sie sagen, dort gäbe es nur „Sozialismus" und keinen wirklichen Kommunismus. Das ist zwar nach kommunistischer Theorie richtig, aber gerade die Tatsache dass diese autoritär kommunistischen Gesellschaftsversuche nur bis zum „Sozialismus" kamen/kommen, zeigt die gescheiterte Theorie des autoritären Kommunismus in der Praxis. Das Beispiel Sowjetunion zeigt wohl am besten den kategorischen Ablauf des autoritären Kommunismus. Als am Anfang der „Revolution" Räte gebildet wurden konnte mensch noch die Hoffnung haben, dass eine freie Gesellschaft entstehen könne. Denn vielerorts entstanden sogar freiheitliche Strukturen, wie das bekannte Beispiel der Kronstädter Matrosen zeigt. Als sich dann jedoch die Bolschewisten begannen durchzusetzen und ihren roten ultrabürokratischen Staat errichteten passierte genau das, was die heutigen autoritären Kommunisten nicht wahrhaben wollen. Die Eigendynamik der Macht zerstörte den letzten revolutionären Willen eines jeden Sowjets. Viele Genossen ließen ihr Leben für eine Illusion; vom Gemetzel in Kronstadt über die Gulags und Hungersnöte im ganzen Land starben

AUTOR
KOMMU

bis zum Ende der Sowjetunion viele Millionen Menschen. Nichts kann solch einen Massenmord rechtfertigen, genauso wenig wie alle anderen Opfer des autoritären Kommunismus. Allein das Beispiel Sowjetunion reicht aus um das praktische Scheitern der autoritär kommunistischen Theorie zu beweisen. Auch das heutige Kuba untermauert dies. Gewerkschaften wurden zerschlagen, Homosexuelle in Arbeitslager gesteckt und die Presse zensiert. Die Lebensbedingungen unter denen die Menschen in Kuba leiden müssen drücken sich in den hunderttausenden von Flüchtlingen aus. Autoritäre Kommunisten argumentieren, dass die Lebensbedingungen Folge des Boykotts der kapitalistischen Länder wären. Allerdings konnte aufgrund der marxistischen Planwirtschaft die autoritär kommunistische Regierung weiterhin nicht einmal die eigene Bevölkerung ausreichend versorgen. Vor allem aber spielt auch hier der Zwang eine große Rolle und die oben genannten Punkte sprechen nicht für das System Kubas. Es gab vor der „Revolution" der autoritären Kommunisten eine relativ große sozialrevolutionäre/anarchistische Bewegung, welche durch die Herrschaftsansprüche der autoritären Kommunisten verdrängt wurde und somit eine umfassende Revolution in allen Bereichen nicht mehr möglich machte.

Heutige autoritär Kommunistische Organisation

Viele sich als kommunistisch definierende Organisationen und vorallem Parteien sind hierarchisch strukturiert. Die Struktur dieser Organisationen hat sich seit Jahrzehnten so gut wie gar nicht verändert. In manchen gibt es sogar Zentralkomitees, die die Aktivitäten der verschiedenen kleinen lokalen Gruppen steuern. Auch Machtkämpfe in den heutigen autoritär kommunistischen Organisationen sind üblich. Weiterhin gibt es das dogmatische Festhalten an schon durch die Geschichte widerlegten Strukturen. Eine Strategie der autoritären Kommunisten war schon immer die Unterwanderung sozialer Bewegungen und Widerstandsgruppen. Um diese Gruppen übernehmen zu können, spielen sich geschulte Kader gegenseitig die Bälle zu, um Machtpositionen zu besetzen. Besonders gut gelingt das beispielsweise in der „Antifa-Bewegung" oder in der Friedensbewegung wo vor allem junge Menschen mit wenig politischem Bewusstsein oder linke Mitläufer leicht geködert werden können. Auch heute noch ist der Führerkult in der autoritär kommunistischen Szene zu dubiosen Massenmördern weit verbreitet. Anstatt an eigenen Ideen zu arbeiten halten sich viele an den Theorien und Namen von früheren Diktatoren fest. Der Führerkult ist ein wichtiger Faktor weshalb die autoritär kommunistische Szene so zerstritten und gespalten ist. Der Hass zwischen den verschiedenen autoritär kommunistischen Lagern setzt sich auch heute noch nahtlos fort. Die oft erlogene „Einheitsfront" scheitert also schon bei den autoritären Kommunisten selbst.

Fazit

Wir stellen also fest, dass weder Theorie noch Praxis des autoritären Kommunismus heute wie damals eine freie Gesellschaft möglich machen können, da der Weg dorthin von Herrschaft und Unterdrückung bestimmt ist. In vielen Punkten ähnelt der autoritäre Kommunismus mit seinem Führerkult, hierarchischen Strukturen und nicht greifbaren weit entfernten Illusionen sogar einer Religion. „Das Kapital" ist für viele autoritäre Kommunisten so wertvoll und unantastbar wie die Bibel für Christen. Der Anspruch auf die absolute Wahrheit und unkritisierbare Dogmen findet mensch in jeder totalitären Weltanschauung. Nicht erst an diesem Punkt zeigt sich die Unvereinbarkeit der autoritär kommunistischen Ideologie mit der Idee des Anarchismus. Anarchisten propagieren kein Paradies in ferner Zukunft, sondern treten für eine Veränderung im Hier und Jetzt ein, die jeder Mensch auch im Kleinen schon leben kann. Des Weiteren geht es nicht um das zwanghafte Erreichen der Freiheit, sondern um die Emanzipation jedes Individuums. Die anarchistische Bewegung ist bunt, vielfältig, dezentral und widersprüchlich so wie die Freiheit selbst, denn Freiheit ist nicht uniform! *Organisationen/Parteien die sich von unserem Text angesprochen fühlen dürfen(kleine Auswahl, aus dem Deutschsprachigem Raum): Deutsche Kommunistische Partei, Kommunistische Partei Deutschlands, Sozialistische Alternative Voran, Rebell, Marxistisch-Lenninistische Partei Deutschlands, Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend, Kommunistische Initiative, Freie Deutsche Jugend, diverse "Rote Antifa" Gruppen, 3A Revolutionäres Bündnis, Die Linkspartei, Linksjugend Solid (nicht komplett), Young Struggel, Zusammen Kämpfen....

QUELLE: http://afunke.blogsport.de/theorie/kommunismus/

ITÄRER
NISMUS

Aus: *"Anarchismus – Was ist das?"*
Broschüre, 1978

Die autoritäre Arbeiterbe

Die autoritäre Arbeiterbewegung in Deutschland, der Marxismus und die SPD

Um zu sehen, wie die anarchistische Bewegung in Deutschland entstanden ist,ist es notwendig, die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung etwas genauer zu betrachten. Der bedeutende anarchosyndikalistische Theoretiker Rudolf Rocker - auf dessen Schriften sich meine folgenden Ausführungen im Wesentlichen stützen - hat die deutsche Arbeiterbewegung wie ich meine sehr treffend beschrieben:
"Ohne Zweifel lag der ganzen sozialistischen Bewegung in Deutschland von Anfang an ein streng autoritärer Zug zugrunde, welcher ihre spätere Entwicklung in hohem Grade begünstigte" (S. 43) In Deutschland gab es keine starke, aus dem Kampf mit dem Absolutismus hervorgegangene liberale Bewegung wie in Frankreich. "Was sich in Deutschland liberal und demokratisch nannte, war eine buntgemischte Gesellschaft, die sich immer wieder von den Sachwaltern des Absolutismus breitschlagen ließ und jeder ernsten politischen Entscheidung ängstlich aus dem Hege ging" (S. 44).
So kam es, daß die deutsche Sozialdemokratie nach dem Fall des Sozialistengesetzes allmählich auch zum großen Sammelbecken einer Menge bürgerlicher Gruppen wurde, die für die eigentlichen Bestrebungen des Sozialismus wenig oder gar nichts übrig hatten und sich der Bewegung nur deshalb anschlossen, weil ihnen die alten Parteien nicht mehr genügten oder weil sie in dem neuen Lager bessere Gelegenheit fanden,ihren persönlichen Ehrgeiz zu befriedigen.
Je mehr die sozialistische Bewegung in die Breite wuchs, je größere Wahlsiege sie zu verzeichnen hatte, desto maßgebender wurde der Einfluß dieser Schicht. Diese aus dem Lager des deutschen Bürgertums abgewanderte Kaste, die auf Grund ihrer Abstammung eine bessere Ausbildung genossen hatte, als die große Mehrheit der Arbeiter und sich infolgedessen für die Vertretung in den Parlamenten und andere wichtige Posten, welche die Partei zu vergeben hatte, besser eignete, fand besonders in dem Beamtentum der Gewerkschaften, dessen Bestrebungen ausschließlich auf die Kleinarbeit des Tages eingestellt waren, eine Stütze.

Mutlose Millionen

"Es ist bezeichnend, daß eine Partei, deren Anhänger im Volke nach Millionen zählten und die im Laufe der Jahre eine Organisation aufgebaut hatte, wie sie vielleicht nie in der Geschichte einer anderen Bewegung zur Verfügung stand, in der ganzen Zeit ihres Bestehens sich nie dazu entschließen konnte, einen ernsten Versuch zu wagen, die schmählichen politischen Zustände im Reiche umzugestalten und einer, wenn auch nur bürgerlichen, Demokratie den Weg zu bahnen. Wenn man erwägt, was viel kleinere Bewegungen in den meisten Ländern Westeuropas auf diesem Gebiete zustande brachten, so wirkt diese Tatsache geradezu beschämend.
Sogar so verrottete und schmachvolle politische Einrichtungen wie das DreiklassenWahlrecht in Preußen, das einem

einen Antrag eingebracht, der hervorhob, daß der Militarismus eine unvermeidliche Folge des kapitalistischen Ausbeutungssystems sei. Deswegen sei einzig und allein eine sozialistische Gesellschaftsordnung imstande, den Krieg abzuwenden. Demzufolge müssten sich alle, die den Krieg ablehnen,der einzigen und grundsätzlichen Friedenspartei anschließen: der SPD. Zum Schluß erklärte die Resolution, daß die Verantwortung für die Katastrophe eines Weltkrieges vor der Menschheit und vor der Geschichte allein den herrschenden Klassen zufalle. Rocker dazu:
"Im Grunde sagte diese Entschließung überhaupt nichts, was zu einem praktischen Versuch der Arbeiterklasse zur Verhinderung des Krieges Bezug hatte. Ihr fatalistischer Gedankeninhalt konnte nur dazu beitragen, daß sich die Arbeiter mit dem furchtbaren Übel als mit einer unvermeidlichen Tatsache abfanden und die Beseitigung des Krieges der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft überließen. Kein Wort, das die Arbeiter daran erinnerte, daß ohne ihre Mitwirkung als produzierende Klasse der Krieg unmöglich war. Es kam den Verfassern jener Entschließung überhaupt nicht zu Bewußtsein, daß sie mit ihrer Stellung jede praktische Bedeutung der Arbeiterbewegung für die notwendigen Aufgaben der Gegenwart in Abrede stellten. Denn schließlich konnte man Jedes soziale Gebrechen auf die Existenz der kapitalistischen Gesellschaft zurückführen.

wegung

Bordellbesitzer auf Grund der Einkommenssteuer eine Vertretung gewährte, die sie dem schlechter bezahlten Arbeiter verweigerte, und die berüchtigte preußische Gesindeordnung, welche Dienstboten und Feldarbeiter noch immer als Hörige behandelte und unter das Joch eines in allen anderen Ländern längst überwundenen Feudalrechts zwang, erhielten sich im größten deutschen Staate bis zum Ende des 1. Weltkrieges" (S. 47).
"Eherne Gesetze" des Marxismus führen zur Passivität
Rocker weist nach, daß eine bedeutende Ursache des Niederganges der deutschen Arbeiterbewegung in der Hinwendung zum Marxismus bestand:
Bei dem internationalen Sozialistenkongress in Brüsses im Jahr 1891 z. B. wurde besonders die Frage, wie man der Gefahr eines herannahenden Weltkrieges begegnen könnte, erörtert. Die Marxisten haben bei diesem Kongess

Maulheldentum und Rechthaberei
"Mit Schlagwörtern, die nichts besagten, täuschte man anderen eine revolutionäre Gesinnung vor, wo nur Philisterdumpfheit und Unfehlbarkeitsdünkel zu Hause waren. Sie haben Haare gespalten und Mücken geseit, anstatt im Volke das Gefühl der menschlichen Würde und den lebendigen Glauben an die eigene Kraft zu erwecken, die gerade in Deutschland, wo es an revolutionären Überlieferungen fehlte, nötig waren. (...)
Die Deutsche Sozialdemokratie hat nichts getan, um das Volk zum Handeln anzuregen, seine Zuversicht zu stärken und ihm den Mut zur Tat einzuflößen. Sie begnügte sich sich mit Redensarten und Wahlerfolgen, mit denen man keinen Hund hinter dem Ofen hervorlocken konnte. In Belgien und Schweden brachte die sozialistische Arbeiterschaft immerhin den Mut auf, zum Mittel des politischen Massenstreiks zu greifen, um die Regierung zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts zu nötigen. In Preußen aber sträubte sich die große Mehrheit der sozialistischen Führerschaft zum gleichen Mittel zu greifen. Sie unterstützte

die belgische Arbeiterschaft in ihrem Kampfe mit großen Summen; sie selbst aber wagte nicht, im eigenen Lande dieselben Wege zu beschreiten. (...)

Klassenkampf-Phrasen

In keinem Lande wurde so viel und bis zum Überdruß von Klassenkampf und Klassenbewußtsein gesprochen, wie gerade in Deutschland. Und doch ging man nirgends jeder ernsthaften Entscheidung so behutsam aus dem Wege wie hier. Nur so läßt es sich erklären, daß in einem Lande, das über fünf Millionen politisch und gewerkschaftlich organisierter Arbeiter zählte, und wo noch kurz vor dem Siege des Faschismus rund zwölf Millionen sozialistische und kommunistische Stimmen abgegeben wurden, ein Hitler die Macht an sich reißen und im Handumdrehen die gesammte Arbeiterbewegung zertrümmern konnte, ohne daß sich auch nur ein Finger dagegen rührte. In Italien brauchte Mussolini immerhin zwei volle Jahre, bis er mit der Arbeiterbewegung fertig wurde. (...)

Die ganze Art unseres Denkens war noch zu sehr in dem feinen Geäste toter Begriffsbildungen verstrickt, die für die sozialistische Gedankenwelt in Deutschland so bezeichnend waren. Wir sahen alle Dinge in einem besonderen Lichte und waren für Jede andere Anschauung einfach farbenblind ..." (S. 51).

Die Entstehung des Anarchismus in Deutschland

Es gab natürlich auch viele Menschen, die dem Zentralismus, dem Parlamentarismus und dem autoritären Marxismus skeptisch gegenüberstanden. 1897 wurde die "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" (auch Lokalisten genannt) gegründet. Sie hatte vor Ausbruch des Krieges 8.000 Mitglieder. Die Lokalisten hatten sozialdemokratische Anschauungen, doch unterschieden sie sich durch den föderalistischen Charakter ihrer Organisation von den großen gewerkschaftlichen Zentralverbänden.

Die Führer der gewerkschaftlichen Zentralverbände, die in der SPD einen immer größeren Einfluß bekamen, setzten durch, daß sich die Lokalisten innerhalb eines Jahres den Zentralverbänden anzuschließen hätten. Andernfalls würden sie aus der SPD ausgeschlossen. Ein Teil ging in die Zentralverbände, ein anderer Teil machte als "Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften" weiter und entwickelte sich immer mehr zum Syndikalismus.

Nach dem 1. Weltkrieg gründete diese Organisation , zusammen mit anderen kleinen Gruppen die "Freie Arbeiter Union Deutschlands" (FAUD) und erreichte einen Mitgliederbestand von 120.000. In den Arbeiterbörsen, dem Herz der anarchosyndikalistischen Bewegung, spielte sich neben der Diskussion um Gewerkschaftsaufgaben das kulturelle, kommunikative und teilweise das familiäre Leben der in der FAUD organisierten ab.

1922 hatte die FAUD 410 Ortsvereine (kleinste Einheit der Organisation). Außerdem gab es folgende Industrieföderationen: Bergarbeiter, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Holzarbeiter, Arbeiter im Bekleidungs- und Verkehrsgewerbe. Die FAUD entwickelte sich schnell weiter und hatte auf dem Höhepunkt ihrer Organisationsgeschichte 200.000 Mitglieder. Neben der Verbandszeitung "Der Syndikalist" gab es noch folgende Publikationen: "Die schaffende Frau" (monatlich), "Der Arbeitslose" (14-tägig) , "Proletarisches Kinderland" (14-tägig), "Junge Anarchisten" (anarchosyndikalistische Jugend), die "Internationale" (ab 1927 für theoretische Fragen). Die einzelnen Industrieförderationen hatten ihre eigenen Blätter; verschiedene Kulturzeitungen gab es auch noch.

Die FAUD war Mitglied der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA). Die IAA war der internationale Zusammenschluß der Anarchosyndikalisten und nicht eine Vereinigung von politischen Pareien. 1922/23 hatten die Landesverbände der IAA folgenden Mitgliederbestand (Auszug): Argentinien 200.000, Italien 500.000, Portugal 150.000, Schweden 22.000, Spanien 1.000.000, Frankreich 100.000, Norwegen 3.000, Holland 22.500, Chile 20.000. 1933 wurde die FAUD von Faschismus zerschlagen.

Anmerkungen

Die von mir im Selbstverlag 1978 herausgegebene zwölfseitige kleine Broschüre "Anarchismus – Was ist das?" hatte eine Auflage von 500 Exemplaren. "Die autoritäre Arbeiterbewegung" ist ein Kapitel aus diesem Heft. Die längeren Zitate von Rudolf Rocker entstammen folgendem Buch:

Rudolf Rocker: "Aus den Memoiren eines deutschen Anarchisten", Suhrkamp Verlag, 1974, 400 Seiten

Es ist durchaus erstaunlich, wie wenig sich im Laufe der Jahrzehnte, ja der Jahrhunderte, geändert hat.

QUELLE: http://www.machtvonunten.de/linksparteispd/191-die-autoritaere-arbeiterbewegung.html

Anzeige

LINKE LANDSCHAFT

Veranstaltungskalender für linke Politik und Subkultur in Bielefeld und Umgebung

Bekenner*innenschreiben

Warum Linke Landschaften?

Das Ziel unseres Projekts ist es, bestehende Szenestrukturen aus Bielefeld und Umland zu vernetzen, einen Austausch herzustellen, sowie zu erreichen, dass bei öffentlichen Veranstaltungen (Vorträgen, Konzerten, Kunst, Kino, Demos und so weiter) nicht immer nur die gleichen Leute sitzen. Wir wollen die Szene öffnen für Leute, die ein Interesse an linker Politik haben, aber Schwierigkeiten haben, Gleich- oder Ähnlichgesinnte zu finden.

Wonach entscheiden wir, welche Gruppen, Orte, Veranstaltungen wir vorschlagen?

Wir wollen ein relativ breites Spektrum abbilden, ohne unser eindeutig linkes Profil zu verwässern. Das heißt für uns, dass die Veranstaltungen von antirassistischen, antisexistischen, antifaschistischen, kommunistischen oder anarchistischen Gruppen im Mittelpunkt stehen. Wir schließen aber nicht aus, auch den ein oder anderen Vortrag von Gewerkschaften, Parteien oder bürgerlichen Gruppen zu empfehlen. Auch kann es im Einzelfall sein, dass wir kommerzielle Veranstaltungen verlinken.

Wer steckt hinter Linke Landschaften?

Einzelpersonen, die zwischen erst seit kurzem oder schon länger in der Bielefelder Szene unterwegs sind.

AUTO – RITÄT

Gaspedal in D-Land immer rechts,
da weiß MANN wo hinzutreten ist.
An der Ampel bei ROT schnell durch.
Puh, geschafft.

Wenn der Starenkasten strahlt:
Bremse in der Mitte!
Bitte: nur leicht an tippen,
nicht so heftig wie der Fuß auf dem Gaspedal…

...drückt, das wäre ja verrückt.

Gekuppelt wird LINKS und
darüber hinaus geknüppelt was das Zeug hält.
In Richtung geradeaus wo die Sonne nicht mehr scheint,
verfolgt von sich langsam lichtendem (Auspuff-)Nebel.

Am Nerv der Zeit wird Benzin & Diesel geschluckt.
SUPER
„Blei-mit-ohne", NORMAL ist das alles nicht,
sondern SUPER PLUS.

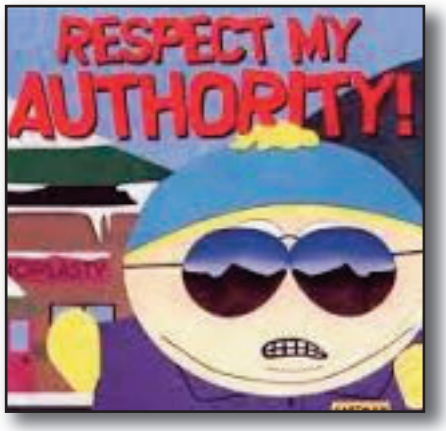
In der „AUTOSAUNA" wird gewedelt,
geschruppt und auch gefeudelt.
MÄNNER „wachsen" über sich hinaus…
„Glänzende" Aussichten für Autos:

...und für die, die AUTOS lieben.

…….
……..

Tempolimit ist grün, stinkt nach BIO
und zu langen Halbwertszeiten von Atommüll;
nach Käse stinkende Füße wollen
weiter auf Gaspedale treten!
Obacht „TEMPO 30 ZONEN",
Aufgepasst in SPIELSTRASSEN:
AUTOS haben immer Vorfahrt,
vor allem wenn erfolgreiche
deutsche Männer darin sitzen.

MaWi, 14.04.17
geschrieben am CAR-Freitag



AUTORITÄT

Anleiten, anleinen, anschreien.
Führung an der Nase, am Verstand herum.
Vormund, „Unmund" , Unmündigkeit.
Befehlen & Gedanken stehlen.
Gesagt bekommen wo es lang geht.
Imperatives Substrat.
Fordern, auffordern & „aufborden".
Ein Wille weicht Befehl.
Vorbild bildet Bildungslücken.
Richtung weisen & den Verstand abspeisen.
Verpflichtet sein.
Dienend & kniend.
Gehorsam für den Brosam`.
Sich beugen und guten Willen bezeugen.
Obrigkeit gleich Heiligkeit.
Macht macht mobil.
Legitimation trotz Irritation.
Akzeptanz schafft trüben Glanz.
Herrschaft idolisieren.

Sein Selbst idiotisieren…

MaWi*, 23.03.2017

*Fachautorität

- RESPEKTIER` MEINE AUTORITÄT!

* warum sollte ich das tun?

- WEIL ES IN STEIN GEMEISSELT IST!

* steine werden zu kieseln,
zu sand und schließlich
vom wind fortgeweht.

- WEIL ES AUF PAPIER GESCHRIEBEN STEHT!

* papier ist geduldig
und zerfällt zu staub.

- WEIL DAS GESETZ ES SO VERLANGT!

* die gesetze
sind von dir gemacht.

- WEIL ICH DEN RICHTIGEN WEG KENNE!

* ein weg,
der nicht der meine ist.

- WEIL ES SCHON IMMER SO WAR!

* .....

MaWi, 30.04.17,
des Antwortens müde...

Bessere Welt

Ich träume von einer besseren Welt.
Einer Welt ohne Terror, Hass und Gewalt,
einer Welt der Liebe, Freiheit und Solidarität.
Einer Welt der Hoffnung und Zuversicht.
einer Welt ohne Grenzen und Herrschaft,
in der wir alle gleich sind, egal woher wir kommen.
Es ist ein Traum, aus dem ich nicht mehr aufwachen will.
Ich lächle und bin zufrieden, halte deine Hand,
als könnte unser Glück für immer sein.
Solange diese bessere Welt nur ein Traum ist,
müssen wir vereint dafür zusammen stehen !

Alex / 20.12.2016

Mein tierischer Freund

Neulich war ich mit einem Kumpel in der Kneipe. Wir suchten uns einen Tisch aus und setzten uns gegenüber in die Bänke. Neben uns waren noch Plätze frei, auf die sich gerne auch noch jemensch hätte setzen können. Wir unterhielten uns über Gott und die Welt. Plötzlich kam ein Hund zu unserem Tisch und setzte sich neben mich auf die Bank. Mein Kumpel und ich waren sehr überrascht. Es war ein sehr schöner Hund mit glänzendem, dunkelbraunen Fell. Er (es war ein er !) wollte anscheinend mit mir kuscheln; er schmiegte sich ganz eng an mich und steckte seine Schnauze unter meinem Arm her, so dass ich ihn umarmte. Sein Herrchen sass an der Theke, sagte aber nichts zum Verhalten seines Gefährten. Mir machte es nichts aus, ganz im Gegenteil, ich habe die Nähe des Hundes genossen. Ich habe ihn gefragt, ob er etwas trinken wolle, aber leider keine Antwort darauf erhalten. Der Hund blieb noch ein bisschen bei uns sitzen. Irgendwann schienen wir ihm zu langweilig geworden zu sein, vielleicht auch, weil wir keine gemeinsamen Gesprächsthemen hatten und er ging zu seinem Besitzer zurück. Jetzt weiss ich zumindest, warum viele Menschen so ein enges Verhältnis zu ihren tierischen Freunden haben.

Alex

Keine Revolution ohne Liebe

Einmal in der Woche treffen sich die Anarchist*innen in ihrem Zentrum, um die gesellschaftliche Revolution voranzutreiben. Es werden Pläne für neue Aktionen geschmiedet: Vorträge, Küfa, Konzerte, etc. Sie sitzen konzentriert zusammen, vermeiden jede Art von Ablenkung. Es geht schliesslich um die gemeinsame Sache. Das grosse Ziel. Sie legt ihre Hand unter dem Tisch auf seinen Oberschenkel. Er nimmt sie sofort von dort wieder weg, ohne seine Gefährtin dabei anzuschauen. „Nicht jetzt, nicht hier. Was sollen denn bloss die Anderen denken ? Später vielleicht „ , denkt er. Beleidigt schaut sie kurz zur Seite. „Warum nicht jetzt ? Warum nicht hier ? Wir sind doch alle frei und selbstbestimmt; so steht es hier auf dem Papier.“, fragt sie sich. Sie versucht sich auf den TOP zu konzentrieren, aber ihre Gedanken kreisen. Sie würde ihn jetzt so gerne küssen. „Schon 1 Stunde. Kann mensch denn keine Pause zwischendurch machen ? Liebe für alle ! Das sollte in unseren Grundsätzen stehen. Liebe überall und zu jeder Zeit. Das war doch schon das Motto unserer Eltern. Dass wir heute hier sitzen, haben wir ihnen zu verdanken. Sie sind damals für ihre Rechte auf die Strasse gegangen. Für die sexuelle Freiheit ! Die waren damals nicht so prüde. Ich lasse ihn lieber jetzt in Ruhe, ich möchte ihn nicht vor seinen Freunden blamieren. Gleich ist das Plenum bestimmt zu Ende. Dann werde ich mal mit ihm darüber reden. Ich liebe ihn so sehr ! Wo sind wir gerade ? Kapitalismuskritik ? Wie unsexy. Letzter TOP. Ein Glück ! Wenn wir den Kapitalismus durch Liebe ersetzen, ist die Welt für immer gerettet. Warum schauen mich plötzlich Alle an ?

Ups, habe ich das gerade etwa laut gesagt ?!“

Alex / 15.01.2017

Ralf Burnicki

Warum ich gegen den Kapitalismus bin...

Im Kapitalismus bzw. in einer kapitalistischen Gesellschaft geht es zentral um die Schaffung von Profit. Ein solches Gesellschaftssystem ist ökonomiezentrisch und privilegiert ökonomische Ziele gegenüber anderen Interessen, z.B. dem menschlichen Interesse an Freundschaft, Gemeinschaft, Kultur, Kunst usw.. In einem kapitalistischen Gesellschaftssystem wird versucht, sämtliche Interessensbereiche auf ökonomische Definitionen hin auszurichten und der Ökonomie - also Profitinteressen - unterzuordnen.

So wird verstehbar, dass sogar Kunst noch einen Wert erhält im Sinne von Geld und Verkaufswert.
Der Kapitalismus lebt davon, soziale Ausdrucksformen in Waren zu verwandeln. Ein kapitalistisches Gesellschaftssystem bedeutet folgerichtig, dass Menschen sich in ein gegenseitiges Verhältnis bringen, das einem Warenverhältnis entspricht, also voneinander *profitieren* lernen und Freundschaften als Zweck-Mittelrelation und Beziehungen als rationale Nutzverhältnisse verstehen sollen. Kapitalistische Werte werden verinnerlicht, dazu gehören die Aufwertung des Konkurrenzgedankens und des Wettbewerbs, des Leistungsstrebens, das Einteilen von Menschen in angebliche „Sieger" und „Verlierer", die geistige Hochstellung materiellen Besitzes, die Umwandlung subjektiver und dem System geschuldeter Unzufriedenheit in eine gesellschaftskonforme Strategie der Selbstbelohnung, also in *Konsum* und *Eigentumsvermehrung*.

Menschen lernen früh, kapitalistische Werte zu verinnerlichen und nicht zu hinterfragen, lernen sich als Konkurrent*innen im Kampf um Ressourcen zu begreifen, lernen, sich stets zu vergleichen, beispielsweise bei Leistungsmessungen in der Schule über Notensysteme und durch Lob dort, wo es im Unterricht in Wahrheit um Anpassung von Menschen an fremdbestimmte Situationen geht und darum, bedürfnisferne Kompetenzen zu entwickeln, um später für die Wirtschaft und ihre Zwecke verwertbar zu sein. Erreicht ein junger Mensch dann das Ziel, einen guten Abschluss zu erhalten, geht es mit hoher Geschwindigkeit weiter, denn die Arbeitsgesellschaft verlangt nach Subjekten, die jung und dynamisch sind, stets in Bewegung, denn Stillstand verhindert wirtschaftliches Wachstum. Die kapitalistische Moderne mit ihrem Appell an hohe Geschwindigkeiten hat dabei zur Konsequenz, dass der Mensch *verschwindet*, weil er zum Partikel verkomm das in den gesellschaftlichen Strom geworfen wird, sich zum Leistungsfaktor entmenschlicht und wir dies auch noch mit dem Begriff der „Individualität" und „Freiheit" verherrlichen.
Als Lohn für seine herrschaftskompatible Individualität steht der kapitalistische Konsumbereich bereit mit vielfälti gen Produkten, die keiner wirklich braucht, die aber das Gefühl vermitteln, durch ihren Kauf ein besonderer Mensch zu sein. Auf diese Weise erklärt sich der *Markenhype*, oder dass wir Uhren kaufen, wasserdicht bis hundert Meter, obwohl wir keine Taucher sind, oder Geländewagen, mit denen man durch eine Wildnis fahren könnte, mit denen wir als urbane Wesen allerdings im nächsten Stau stecken bleiben. Hierbei bringt sich das kapitalistische System in Schwung. So zitieren die Arbeitsphilosophen Schnack und Gesterkamp in ihrem Buch „Hauptsache Arbeit" den Philosophen André Gorz:
„Die Individuen davon zu überzeugen, dass die ihnen angebotenen Konsumgüter die während der Arbeitszeit erforderlichen Opfer bei weitem ausgleichen und dass sie eine Nische privaten Glücks darstellen, die dem allgemeinen Schicksal zu entfliehen erlaubt – das ist die klassische Aufgabe der Werbung" (Reinbek 1996, S. 49).
Die Verheißung lautet: Wenn du schon nicht glücklich werden kannst, dann kauf dir Ersatz. Kauf dir „happiness". *„Doch die „Konsumgesellschaft, die zur Erlebnisgesellschaft geworden ist, verabreicht ihren vergnügungshungrigen Mitgliedern immer stärkere Dosen. Mitten im Überfluss entsteht so stets aufs Neue das Gefühl von Knappheit. Die meisten Menschen reagieren darauf mit Hilfe der Ideologie, die sie im Laufe der letzten 150 Jahre tief verinnerlicht haben: Arbeit, Arbeit, Arbeit"* (Schnack/Gesterkamp, S. 58).
Die Philosophen der Kritischen Theorie Theo W. Adorno und Max Horkheimer schrieben es nicht anders: *„Die Gewalt der Industriegesellschaft wirkt in den Menschen ein für allemal. Die Produkte der Kulturindustrie können darauf rechnen, selbst im Zustand der Zerstreuung (schnell) konsumiert zu werden. Aber ein jegliches ist ein Modell der ökonomischen Riesenmaschinerie, die alle von Anfang an, bei der Arbeit und der ihr ähnlichen Erholung, in Atem hält..."* (Horkheimer/Adorno, Dialektik der Aufklärung, Frankfurt/M. 1971, S. 114). Und so bleiben wir in einem ewi-

gen Kreislauf menschlicher Sackgassen, rennen weiter und weiter, passen uns und andere an, während Menschlichkeit durch das ökonomische System jeden Tag unterlaufen wird.
Was uns angesichts dessen bleibt, ist der Versuch, nicht den kapitalistischen Verheißungen nachzurennen und eine kritische Distanz zu kapitalistischen Werten. Setzen wir statt auf Konkurrenz auf Solidarität, dazu gehört Solidarität mit jenen, denen es nicht gut geht, Solidarität mit Benachteiligten, die Solidarität mit den Armen hier und in der Welt, die Solidarität mit Geflüchteten, bauen wir auf Freundschaft statt auf Nutzbeziehungen, setzen wir auf Entfaltung unserer wirtschafts***fernen*** Fähigkeiten, machen wir uns nicht zur Ware. Setzten wir auf Langsamkeit statt Eile, auf Selbstentfaltung und Muße statt auf Leistungsstreben, setzen wir auf Phantasie statt Karriereplan, auf Selbstbestimmung statt Gehorsamkeit, machen wir uns als Menschen zum Selbstzweck und nicht zum Mittel für materiellen Profit, und hören wir auf, so zu tun, als wäre mit Konsummöglichkeiten die Aussicht auf Glück bereitgestellt. Hören wir auf mit dem kapitalistischen Leben als Gesamtfließband. ***Es gibt kein richtiges Leben im Falschen***, sagte der Philosoph Adorno, hören wir also mit dem Falschen auf.

Pascal Tücke

Die Produktion des reinsten Tauschwertes

Schon Marx erkannte, dass man Arbeit in „nützliche“ und „unnütze“ Arbeit unterscheiden kann. Die nützliche Arbeit ist jene, die vollbracht wird, um ein Produkt aus dem Naturzustand in einen dem Menschen nützlichen Zustand zu bringen. Unnütze Arbeit ist die Beschaffung von Tauschwerten. Wenn eine Person nun etwas herstellt, was ihr nicht nützt und sie nicht braucht, sie es aber trotzdem macht um einen Wert zu erzeugen, den sie gegen etwas tauschen kann, das sie braucht, so ist dies die Erschaffung von Tauschwerten. Sei es nun die Arbeit für Geld, um es zu tauschen, oder für Naturalien (Weizen, Milch, usw.), so wird hier die Linie gezogen und die Erschaffung eines reinen Tauschwertes kritisiert.

„Wo ihn das Kleidungsbedürfnis zwang, hat der Mensch jahrtausendelang geschneidert, bevor aus einem Menschen ein Schneider ward“, schrieb Marx (MEW, Band 23, 24. Auflage, S. 57). Fernab des Tauschwertes wird hier nun die gesellschaftliche Verzweigung angesprochen. So wie der/die Bäuer*in das Korn geerntet, damit die Tiere gefüttert und später Ressourcen von diesen Tieren erhalten hat, so hat man auch selber gewebt, genäht, gegerbt und Produkte für sich erschaffen. Was dann über war wurde zum Tausch freigegeben, jedoch wurde nichts rein für den Tausch produziert.

Die industrielle Gesellschaft hingegen trennt Arbeiten auf, sodass der Mensch nur noch einen begrenzten Wissensschatz hat, was man produzieren kann. Der Mensch ist gezwungen zu tauschen, weil er nicht mehr alles Lebensnotwendige selber fertigen kann, zeitlich gesehen sowie von den Fertigkeiten aus. Das Anbauen und Ernten machen Fachkräfte, und speziell ausgebildete Arbeiter*innen schweißen, schrauben oder stellen etwas anderes her. Die Arbeit, die in einem Produkt steckt wird nun zerlegt. Tätigkeiten, die selbst in der Industrialisierung als Alltägliches betrachtet wurden, werden nun teilweise vom Individuum outgesourct wie die Altenpflege, das Kochen oder die Kleinkindbetreuung.

Was diese Berufe gemeinsam haben ist der Weg vom Bedürfnis hin zum Beruf. Das Kleidungsbedürfnis war da, genauso der Hunger oder das Bedürfnis nach einem Dach über den Kopf. Nur war die Industrie zu Marx' Zeiten nicht so fortgeschritten wie heute. Die Werbung steckte noch in den Kinderschuhen, und man bewarb sein Produkt lediglich in Konkurrenz zu anderen. Jedoch war es ein und das selbe Produkt, wenn man konkurrierte.

Was überzeugt den Käufer das eigene Produkt zu kaufen und nicht das der Konkurrenz? Es sind Abstraktionen bzw. Ideologismen. So kann das eine Auto „Reichtum“ suggerieren, das andere signalisiert „Freiheit“. Die Entfremdung des Produktes, die bisher darin lag, dass man nicht mehr einen Stuhl für sich selbst herstellte, sondern etwas, das sich gegen einen Stuhl eintauschen lässt, geht nun weiter und benennt nicht mehr das Produkt oder den Tauschwert sondern das Gefühl, das man mit einem Kauf erwirbt. Man kauft keinen Teller mehr, sondern *Schmidts Edelkeramik Besteck* und damit erwirbt man den Anschein wohlhabend zu sein. Man kauft nicht mehr den Gebrauchswert an sich, sondern den Wert, der dem Produkt anhängt. Diese Denkweise, etwas zu

verkaufen, indem man es mit etwas verknüpft, das zwar ***auch*** ein menschliches Bedürfnis ist, jedoch ***nicht materiell*** befriedigt, lässt die Produktion erblühen.
Man denkt sich nun ein Produkt aus und erschafft dafür dann die Nachfrage. Sei es nun ein Smartphone, das für menschliche Vernetzung steht, eine Packung Chips , die Geselligkeit suggeriert oder ein Kredit, der Freiheit verspricht, es wird hauptsächlich Vernetzung, Geselligkeit und Freiheit verkauft. Durch die Werbung wird das Verlangen danach erschaffen und es werden die Metawerte über das Produkt gestellt. Wer möchte keine Vernetzung? Keine Geselligkeit? Keine Freiheit? Diese Fragen schwingen mit diesem Produkt mit und die Möglichkeit, diese Bedürfnisse anders als durch diese Produkte zu befriedigen, wird ausgeblendet, wenn nicht gar verteufelt.
Wo zu Beginn das Bedürfnis des Menschen zur Bildung einer Produktion und eines Berufes beitrug, ist es nun umgekehrt und Produktion bzw. Beruf erschaffen das Bedürfnis. Der reine Blick auf die Schaffung eines Tauschwertes führt nun dazu, dass Produkte erschaffen werden, die wenig Gebrauchswert innehaben. Es werden also Arbeitsmittel dafür verwendet, etwas zu schaffen, von dem die Konsument*innen noch überzeugt werden müssen, dass sie es brauchen.
Aber nicht immer ist etwas voll und ganz unnütz, was beworben wurde. Nimmt man Mikrowellenöfen, Waschmaschinen oder anderes elektrisches Arbeitsgerät, so wurde darin die Nützlichkeit, die Zeit- und/oder Kraftersparnis im Alltag gesehen und gesellschaftlich angenommen. Durch die Werbung wurde der Artikel verbreitet. Später, da die Argumente auf dem Tisch liegen, die dafür sprechen diese Produkte zu kaufen, müssten sie eigentlich nicht beworben werden. Sie sind verbreitet genug und haben Nützlichkeit inne, von der der Mensch nicht überzeugt werden muss.
Schlussendlich kann man sagen, dass Produkte, die mit Abstraktionen bzw. Ideologismen beworben werden müssen, die Schaffung eines reinen Tauschwertes bedeuten und dass diese Produkte, für die ein Bedürfnis erschaffen werden muss, damit sie gekauft werden, wahrlich unnütz sind und eine neue Stufe des Unnützen eröffnen.

Wahl - Gedicht

ich soll wieder kreuze machen,
dabei werde ich älter, bin betroffen
von voranschreitendem sehschärfeverlust,
von zunehmender orientierungsosigkeit,

wen wähle ich das nächste mal?
die, die sozial sind?
die, die unsere umwelt retten?
die, die wissen, was gut für uns ist?

sollen doch die auch mal ran,
an die fleischtöpfe,
sollen die, die sich für uns krumm legen,
sich mal so richtig satt essen.

wir stellen uns da gerne an,
in die Schlange vor den fleischtöpfen.
seh ich da nicht richtig,
wieder mal desorientiert?

was will ich als vegetarier,
fast veganer gar,
bei diesen fleischtöpfen?
mal einen blick riskieren?

da steht was auf dem grund des leeren topfes,
das erkenne ich,
selbst ohne brille:
made by sozialdemokratie

@rti

Ralf Burnicki

Parteisozialismus, Syndikalismus oder Anarchismus?

Ein Ausschnitt aus der Geschichte des Anarchosyndikalismus (1919-1922)

Im folgenden Beitrag wird exemplarisch (begrenzt auf die Zeit unmittelbar nach dem 1. Weltkrieg) dargestellt, was die Menschen einst zum Anarchosyndikalismus brachte und inwiefern er heute ebenso sinnvoll ist.

Bevor Ende des 19. Jahrhunderts der Zentralisierungsprozess der deutschen Gewerkschaftsbewegung einsetzte, war gewerkschaftlicher Lokalismus durchaus selbstverständlich. Im 19. Jahrhundert vereinigten sich die Arbeiter*nnen zu lokalen Berufsorganisationen ohne »durchstrukturierte Führungsinstanzen« (Rübner 1994, S. 24), stattdessen über direkte Delegationsformen und basisdemokratische Entscheidungsfindung mit dem Ziel der genossenschaftlichen Produktion. Hier lagen (unter anderem) auch die pragmatischen Ansätze des Syndikalismus (Syndikat = Gewerkschaft) mit seinen lokalistischen Organisationsbestrebungen. Bis dahin jedoch waren viele Arbeiter*innen eher sozialdemokratisch orientiert. 1878 bis 1890 bedrohte das »Sozialistengesetz« jegliche politische Tätigkeit von Arbeiter*innen-Vereinigungen. Dies hatte zur Folge, dass überregionale Kooperationen – da illegalisiert - durch ein Vertrauensleutesystem organisiert werden mussten. Durch diese Organisationsform wurden die lokalen Arbeiter*innen-Organisationen und lokal orientierten Gewerkschaftsteile gestärkt, ihnen fiel eine »*entscheidende Funktion für den Fortbestand der informellen Organisationsstruktur der Arbeiterbewegung zu, was nicht unwesentlich zur Stärkung ihrer Selbstständigkeit« gegenüber einer ‚sozialistischen' Parteiführung - namentlich der damaligen SPD - beitrug*« (vgl. Rübner 25). Anfang des 20. Jahrhunderts radikalisierte sich der Streit um den politischen Weg der Arbeiter*innenbewegung(en): Sollte eine sozialistische Gesellschaft über einen zentralistischen (mit einer Partei als politischer Spitze) oder einen gewerkschaftlichen Weg herbeigeführt werden? Die damalige »Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften« (FVdG) war selbst in dieser Frage gespalten. Zwar hätten - so vertrat z.B. Arnold Roller eine typisch syndikalistische Position - »*die Gewerkschaften ... die Aufgabe, in der Zukunft die Produktion zu übernehmen« und sie seien daher das Embryo der Produktion und Neuorganisation nach Beseitigung des Kapitalismus*« (Roller in Rübner 29), aber sozialrevolutionäre Tendenzen blieben in der Minderheitenposition (Rübner 30), und auch der lokalistische Ansatz wurde von SPD-nahen Mitgliedern der FVdG nicht geteilt. Eine lokalistisch-revolutionäre Ausrichtung fand sich hingegen beim organisierten Anarchismus, bei der »Anarchistische(n) Föderation Deutschlands« (AFD). Beide Organisationen, die FVdG und die AFD, grob sinnbildlich für Syndikalismus und Anarchismus, konnten sich aufgrund »*beiderseitiger Meinungsverschiedenheiten in Grundsatzfragen*« (Rübner ebd.) nicht zusammenschließen, beide Organisationen beharrten überdies auf einer Politik der organisatorischen Selbstständigkeit.
Tatsächlich verfolgte nur eine Minderheit der Arbeiter*innenschaft die Idee, gewerkschaftliche Organisationsform, lokale Selbstorganisation und sozialrevolutionäre Ziele zu verbinden. Dabei hatte sich eine solche Verquickung als zweckmäßig erwiesen in Zeiten staatlicher Repression, weil lokale und dezentrale Organisationsformen der Arbeiterschaft von einer Regierung schwerer zu handhaben und zu kontrollieren sind als eine zentralistische Führung mit ihren von oben nach unten zunehmenden Abhängigkeiten. Solche Abhängigkeiten lassen sich kaum prägnanter ausdrücken als in einer Formulierung des Bielefelder Kommunisten und Antifaschisten Wilhelm Gertz im Rückblick auf die nationalsozialistische Machtübernahme: »Wir waren bereit zum bewaffneten Widerstand. Wir warteten auf eine Anweisung der Partei. Sie kam nicht. So blieben wir zu Haus« (mündlich gegenüber dem Verfasser).

Anarchosyndikalismus

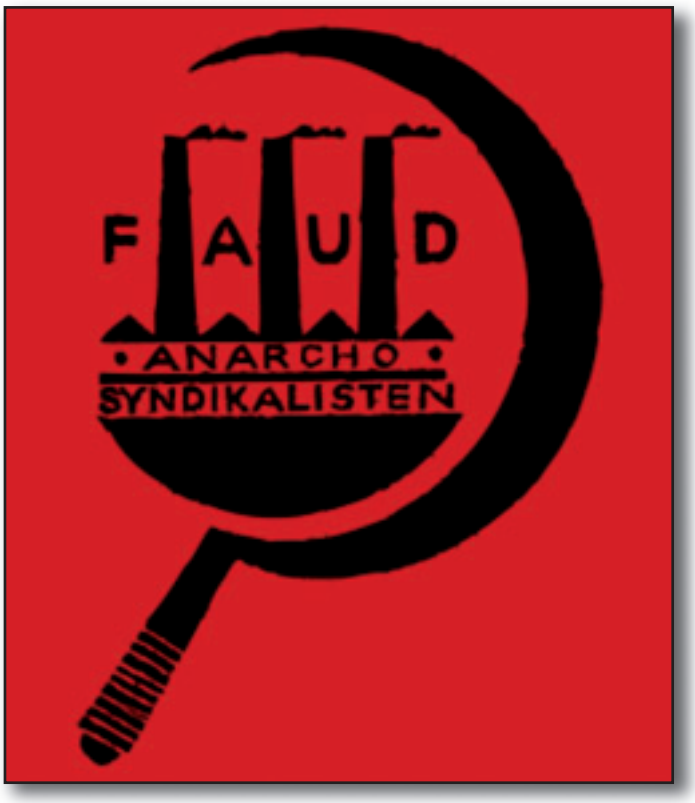
Die gegen das Kaisertum und den staatlichen Autoritarismus gerichtete Revolution von 1918 sorgte in ihren rätesozialistischen Ansätzen jedoch für einen Aufschwung syndikalistischer und lokalistisch-dezentralistischer Ideen. Im Dezember 1919 und unter Mitwirkung von Rudolf Rocker gründete sich die FAUD(S), die »Freie Arbeiter-Union« mit anarchosyndikalistischer Zielsetzung. Ziel war ein (an der politischen Philosophie Peter Kropotkins angelehnter) Anarchokommunismus, der eine Selbstorganisation der Arbeiter*innenschaft wie auch der Bevölkerung in dezentral organisierten Förderationen vorsah. Der Anarchokommunismus lehnt jegliche Regierung als illegitim ab und sieht im Gegensatz zum Marxismus

(dessen »Diktatur des Proletariats« sowohl als Ökonomiezentrismus wie auch als Herrschaftsform abgelehnt wurde) die Selbstbestimmung aller Einzelnen und Kollektive vor, die sich durch freie Vereinbarung kooperieren und deren Produktion in Güterverteilung mündet (d.i. Abschaffung der Geldwirtschaft, Ausrichtung an Bedürfnisproduktion). Eine anarchistische Gewerkschaft war ins Leben gerufen worden mit über einhundertelftausend Mitgliedern (Rübner 36). Viele Mitglieder waren geleitet von der Vorstellung, dass in der nachrevolutionären (nichtstaatlichen) Gesellschaft den 'syndikalistischen Gewerkschaften' die Rolle zufiele, die Ökonomie zu organisieren und zwar über Arbeiter*innen-Räte, die von den jeweiligen Belegschaften der Betriebe selbst bestimmt werden. Dieses Rätesystem verkörpert die Selbstbestimmung der Arbeiter*innenschaft. Der föderative Aufbau der Gewerkschaft(en) sollte die Basis für eine breitflächige Existenzsicherung der Gesellschaft bilden und die sozialen Funktionen des Staates ersetzen.

Das Hauptprinzip des Anarchosyndikalismus ist der »Gedanke des freiwilligen gleichberechtigten Zusammenschlusses«: Der ***Föderalismus*** im Sinne von Arbeiter*innen- und Kommunenassoziationen. Diese Idee beinhaltet im Umkehrschluss die völlige Ablehnung zentralistischer (und somit auch staatlicher) Gesellschaftsorganisationen (Klan/Nelles 1986, S. 29) und strebt einen »herrschaftslose(n) Sozialismus« an (R. Rocker in Klan/Nelles, 30). Die Vorstellung eines sozialistischen ***Staats***modells wird somit zurückgewiesen. Zur Regelung überregionaler Belange werden im Rahmen der angestrebten dezentralistischen Organisationsform überlokale Informationsstellen gebildet, die jedoch keine Entscheidungsmacht auf sich vereinigen sollen und rotieren. Diese Organisationsidee wurde zur Zeit der Weimarer Republik praktiziert: »Ausgehend vom lokalen Zusammenschluss der Arbeiter der jeweiligen Berufsbranche ("Industrieföderationen") bildeten sich auf örtlicher Kreis-. Bezirks- und Provinzebene sogenannte "Arbeiterbörsen", lockere Verbindungen der autonomen Föderationen. Diese besaßen keine Leitungen mit Weisungsrecht nach unten, sondern lediglich sogenannte "Informationsstellen" zum Zweck der Koordination, des Meinungs- und Informationsaustausches. Das galt ebenso für den Zusammenschluss der Arbeiterbörsen bis zur nationalen und internationalen Ebene. So hatte etwa die von der Reichskonferenz gewählte "Geschäftskommission" in Berlin bis zur nächsten Konferenz lediglich informierenden und beratenden Charakter, und die Bezirksinformationsstellen wechselten aus Prinzip immer zu anderen Arbeiterbörsen, um längerdauernde Informationsmonopole und Machtbildung zu verhindern« (Klan/Nelles 31).
Bei dieser Organisationsform ging man vom anarcho-gewerkschaftlichen Standpunkt aus: Aus den anarchosyndikalistischen Gewerkschaften sollte sich eine neue ökonomische - basissozialistische - Ordnung bilden ohne Staat und auf Grundlage von Herrschaftsfreiheit und Partizipation der Arbeiter*innen an der Gesamtorganisation in allen Fragen, die sie betreffen.

Aktionen während der Märzrevolution 1920

Als sich während der Revolution 1918 in etlichen Städten „Arbeiter- und Soldatenräte" bildeten, stellte sich schnell heraus, dass viele Räte der SPD nahe standen und das vorderste Ziel war, eine parlamentarische Ordnung zu installieren, anstatt die Ökonomie im basissozialistischen Sinne oder im Sinne eines Rätesystems - das den Arbeiter*innen mehr Partizipationschancen einräumen kann - umzugestalten. Die bürgerlichen Gewerkschaften hatten ebenso wie die SPD keinerlei Interesse an einem Rätesystem (Klan/Nelles 60). Umgestaltung der Politik in Richtung auf einen Parlamentarismus, nicht aber Demokratisierung der Betriebe, so lautete die Devise. In den Gewerkschaften trat eine Minderheit gegen diesen Missgriff auf, welche der Gewerkschaftsführung vorhielt, auf systemverändernde Maßnahmen zu verzichten. Insbesondere bei Bergarbeitern kam es zu massenhaften Austritten aus den zentralistischen Gewerkschaften und zur Hinwendung zu syndikalistischen Organisationsformen (Klan/Nelles 60 f.). So beispielsweise in der Hamborner Bergarbeiterbewegung 1918/19. Dabei trennten sich die Belegschaften von ihrer gewerkschaftlichen Führung und traten geschlossen der syndikalistischen »Freien Vereinigung« bei. Sie wählten in jedem Schacht Delegierte, die ihre Interessen vertreten sollten und beschlossen in Vollversammlungen darüber, ob Entscheidungen der Vertreter revidiert werden (Klan/Nelles 63). Der Übertritt in syndikalistische Organisationen war jedoch nicht auf Bergarbeiter beschränkt. Beim Gründungskongress der FAUD(S) 1919 waren laut Geschäftskommission 109 Delegierte anwesend, die 111.675 Mitglieder vertraten. Laut Klan/Nelles, die den rheinischen Anarchosyndikalismus untersuchten, vereinigte die FAUD(S) in Hamborn zu diesem Zeitpunkt über 9500 Mitglieder (Bereiche: Bergbau, Bau- und Metallarbeit), in Düsseldorf 15.800 Mitglieder (Bau-, Kommunal-, Verkehrs-, Metallarbeit u.a.), in Duisburg über 13.000 Mitglieder (Bergarbeit u.v.a.) und z.B. in Mühlheim/Ruhr immerhin noch 8000 Mitglieder aus den Sektoren Metall-, Verkehrs-, Berg- und Bauarbeit, zudem Gerberei (Klan/Nelles 73).
Als in Berlin am 13. März 1920 Teile des Militärs gegen die Koalitionsregierung (SPD, Zentrum, DDP) putschten (sog. „Kapp-Putsch"), reagierten die sozialistischen Parteien und Gewerkschaften mit einem Generalstreik, der am 15. März begann. Es kam zu massiven Kämpfen zwischen Arbeiter*innen und Freikorps (Klan/Nelles 75), zuletzt gelang es, das verhasste Militär mit Hilfe einer selbstorganisierten »Roten Armee« aus dem gesamten Ruhrgebiet zu vertreiben. Die Putschisten kapitulierten am 17. März. Der Aufforderung der Berliner Regierung, den Generalstreik nun abzubrechen, kamen die Streikenden jedoch nicht nach, weil die Regierung diese Aufforderung nicht mit wirtschaftlichen oder politischen Zugeständnissen verband. Daraufhin ging die Reichswehr - diesmal im Einverständnis mit der Regierung - gegen die Aufständischen vor und marschierte ins Ruhrgebiet ein, teilweise mit Truppen, die vormals zu den Putschisten gehörten (Klan/Nelles 76). Die Revolution im März 1920 brach zusammen. Dass die Interessen der Arbeiter*innen den Widerstand gegen die Putschisten überstiegen und linksrevolutionär waren (indem sie eine radikale Änderung der Betriebsorganisation anstrebten) lässt sich beispielhaft am Mühlheimer »Vollzugsausschuss« zeigen, der überwiegend aus Syndikalisten und Kommunisten bestand. In seiner ersten Erklärung am 24. März forderte er die Wahl »revolutionärer Betriebsräte«, welche die »Sozialisierung der Betriebe« (Aneignung der Betriebe durch die Arbeiter*innenschaft) zu organisieren hätten als »Keimzellen zukünftiger Gestaltung«. Aus den Betrieben heraus sollten »Kommunalvollzugsräte« gebildet werden, um den »reaktionären Beamtenapparat zu reorganisieren« (Klan/Nelles 77; zit. E. Lucas, Märzrevolution, Bd. 2, Frankfurt 1974, S. 48). Es wurden Kommissionen für die



städtischen Betriebe, für das Gesundheits- und Wohlfahrtswesen u.a. eingerichtet. Als der Direktor der städtischen Betriebe den neuen Betriebsrat nicht anerkannte, wurde er augenblicklich abgesetzt, der Betrieb wurde von den Arbeiter*innen kollektiv weitergeführt (Klan/Nelles 77). Bei Thyssen erledigten die Betriebsräte die Betriebsorganisation dermaßen erfolgreich, dass ein Mitglied der Familie Thyssen mutmaßte, der Aufstand müsse von langer Hand gründlich vorbereitet sein (Klan/Nelles 78). Laut Klan/Nelles entsprach die Praxis des Mühlheimer Vollzugsrates »anarcho-syndikalistischen Grundsätzen und ... den Kollektivierungen spanischer Anarcho-Syndikalisten während der Revolution 1936/37. Auch dort gingen die ArbeiterInnen unmittelbar nach dem Militärputsch daran, die Produktion zu kollektivieren unter Ausschaltung einer staatlichen Instanz« (Klan/Nelles 78).

Ein Beispiel konkreter Aktion: Die Unterstützung von Erwerbslosen

Ein konkretes Beispiel für die Denkweise innerhalb des historischen Anarchosyndikalismus war die Unterstützung von Erwerbslosen während ihres Kampfes um Lohn und Brot. Im April 1923 kam es im Zuge der Inflation (die der Ruhrgebietsbesetzung durch Frankreich folgte) zu Hungerrevolten. In Mühlheim/Ruhr gab es bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen Erwerbslosen, die von der Stadt als »Notstandsarbeiter« eingesetzt wurden, und der Polizei. Um eine Lohnerhöhung zu erreichen zogen die Erwerbslosen vor das Rathaus, in dem sich die Beamten verbarrikadiert hatten. Da die Stadtverwaltung sich querstellte, wurde das Rathaus und anschließend ein Waffenladen gestürmt. Der Aufstand wurde nach 2 Tagen niedergeschlagen. Um die Freilassung der Verhafteten zu erwirken, beschloss die FAUD, einen 24-stündigen Generalstreik auszurufen und verlangte die sofortige Freilassung der Verhafteten sowie Zahlung der Lohnforderung. Es folgten massive Repressalien der Polizei und der örtlichen Bürgerwehr, das Büro der FAUD wurde zerstört, viele Mitglieder der FAUD mussten aus der Stadt fliehen, um einer Verhaftung zu entgehen. Zum Generalstreik kam es nicht. Die FAUD wurde auch deshalb angegriffen, weil sie sich dem Nationalismus entzog, der allenthalben herrschte und gegen den sie sich wandte. Der Kampf der Arbeiter*innenklasse solle sich nicht gegen andere Nationen richten, sondern gegen Kapitalismus und Militarismus. Damit »zogen sich die Anarcho-Syndikalisten nicht nur den Zorn der nationalistischen Kreise zu, sondern auch den der Arbeiterorganisationen« (Klan/Nelles 95).

"Familientreffen" Berliner FAUD-Mitglieder und ihrer Angehörigen (ca. zweite Hälfte der 20er Jahre)

Rückgang der FAUD

Da es FAU'ler*innen nicht nur um gewerkschaftliche Arbeit und den Kampf um Lohn und Arbeitsverhältnisse, sondern um die Utopie der Herrschaftsfreiheit geht, nannte sich die FAUD(S) ab 1922 FAUD(AS), also FAU-***Anarchosyndikalist*innen***. Als Mittel der Revolution dienten die Propagierung des Generalstreiks, die Direkte Aktion und die Selbstorganisation der Arbeiter*innen. In Düsseldorf beispielsweise gelang es Anarchosyndikalist*innen, mit ihrer Forderung nach Generalstreik bei spontanen Erhebungen eine führende Rolle zu spielen, gleichzeitig war die FAUD jedoch nicht in der Lage, viele Mitglieder an die Organisation zu binden (Klan/Nelles 122). Der Rückgang der anarchosyndikalistischen Bewegung resultierte auch aus dem Druck der Zentralgewerkschaften, die FAUD-Mitglieder als Unorganisierte betrachteten und aus den Betrieben drängten (Klan/Nelles 122). Und da »von Entlassungen besonders radikale Arbeiter betroffen waren und in vielen Betrieben die FAUD sich nicht an Betriebsrätewahlen beteiligte (Anmerkung: aufgrund ihrer Ablehnung von Stellvertretungssystemen), verlor sie in vielen Fällen ihren innerbetrieblichen Einfluss« (Klan/Nelles 122). Im Ruhrgebiet hatte der FAUD unter anderem der Ruhrkampf zugesetzt, zuletzt unterlag sie dem Druck der staatskommunistischen und nationalistischen Strömungen wie auch der staatlichen Sanktion (vgl. Klan/Nelles 123). Dies alles führte zu Mitgliederrückgang. Klan/Nelles ziehen folgendes Resümee: Das » Engangement in der Organisation war für viele Mitglieder verbunden mit der Hoffnung auf eine baldige revolutionäre Umgestaltung. Als in den folgenden Jahren diese Hoffnungen enttäuscht wurden, war ein Großteil der Mitglieder nicht mehr bereit, die Entbehrungen materieller Art auf sich zu nehmen und zog sich resigniert aus dem politischen Leben zurück« (Klan/Nelles 124). Insofern radikale

und nicht innerhalb der betrieblichen Betriebsratsstrukturen verankerte Kräfte am schnellsten aus Betrieben entlassen wurden und die FAUD als revolutionäre Organisation weiterhin jegliche Beteiligung an Betriebsratswahlen ablehnte (diese wurden als reformistisch angesehen), sahen viele Mitglieder in der FAUD wenig Chancen, innerhalb einer überschaubaren Zeitspanne konkrete Besserungen der Lebensverhältnisse durchzusetzen und zogen sich zurück.

Betriebsräte als Sprungbrett zur Revolution?

Nun hatte zwar die Revolution von 1918 eine öffentliche Aufwertung der Idee der Arbeiterräte erbracht, wodurch die Betriebsräte schließlich gesetzlich anerkannt wurden, Funktionen übernahmen, welche die Rechte von Unternehmer*innen beschnitten und Arbeiter*innen ein begrenztes Mitbestimmungsrecht erhielten (vgl. Souchy 12), der Kapitalismus als solcher blieb jedoch unangetastet. Diese Verharmlosung der Räteidee bzw. die Orientierung an sozialer Reform statt an Revolution wurde von Augustin Souchy deshalb nicht zu Unrecht als »Knochen« bezeichnet, »der von der herrschenden Klasse den Arbeitern hingeworfen wurde, um sie (zu) beruhigen« (Souchy 12). Aus seiner Sicht habe eine »fünfzigjährige Erfahrung ... das revolutionäre Proletariat gelehrt, dass die soziale Gesetzgebung den Weg zur sozialen Befreiung nicht ebnet, sondern ihn verbaut«. »Das Proletariat« werde »in die Illusion gewiegt, dass es vom Staate etwas erwarten dürfe« (Souchy 12). Ähnlich verhält es sich dann auch mit der Installation von Betriebsräten und innerbetrieblicher Mitbestimmung, als könnten die Arbeiter*innen von den Kapitalist*innen eine Durchsetzung ihrer Interessen erwarten. Souchy verglich solche Tendenzen mit dem irrationalen Glauben an übernatürliche Kräfte.
Die FAUD als politische Organisation hatte – wie oben gesagt - die Beteiligung an Betriebsräten bzw. die Unterstützung von Betriebsratswahlen abgelehnt. Dennoch hatte sie es jedem Mitglied selbst überlassen, sich als einzelne Person daran zu beteiligen (vgl. Souchy 12). Dies war wohl unter anderem auch eine folgerichtige Reaktion auf die Entlassungen radikaler Kräfte aus den Betrieben. Diese zweiseitige Position wird bis heute in der FAU beibehalten. Dass die FAUD als radikale Gewerkschaft die Unterstützung von Betriebsratswahlen ablehnte, geht unter anderem auf folgende Annahmen zurück (vgl. Souchy 12 f.):
- Betriebsräte gelten als Werkzeuge des Unternehmer*innentums, die nicht mehr die Interessen der Arbeiter*innenklasse vertreten (statt rascher Abschaffung des Unternehmer*innentums verschiebt sich die Handlungsperspektive auf eine ungewisse Zukunft - die Idee einer 'allmählichen Reform').
- Betriebsräte könnten Bestechungsversuchen der Unternehmer*innen eher nachgeben als Teile einer Belegschaft, weil es sich bei Betriebsräten um Einzelpersonen handelt.
- Betriebsräte werden gesetzlich anerkannte Funktionär*innen ('Autoritäten') und damit Teil der herrschenden Systems.
Der Syndikalist A. Souchy verwirft den Gedanken an Betriebsräte dennoch nicht. Er schlägt »revolutionäre Betriebsräte« im Sinne von »Vertrauensleuten« (der syndikalistischen Gewerkschaft) vor, die unabhängig von den bürgerlichen Gesetzen die Revolution bzw. die Übernahme der Produktion durch die Belegschaften zugunsten einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit vorbereiten (Souchy 13). Beispielsweise indem sich aus lokalen Betriebsräten/Vertrauensleuten überlokale Vernetzungen entwickeln, die basisbestimmt und nicht zentralistisch fixiert sind und nach der Revolution eine basisorganisierte »Verwaltung« vorantreiben. Zu den Aufgaben dieser »Verwaltung« gehört die Beschaffung der Rohmaterialien für die Produktion, die Aufrechterhaltung der Verkehrsmittel und die Beförderung und Verteilung der produzierten Güter an die Individuen (Souchy 15).

Mit der Geschichte in die Zukunft? Anarchosyndikalistische Perspektiven in der Globalisierung

Womöglich kann Augustin Souchys Antwort zur Betriebsratsfrage - die aus dem Jahre 1924 stammt - ein interessantes Schlaglicht auf die anarchosyndikalistische Handlungsperspektive in der heutigen Zeit der kapitalistischen Globalisierung werfen. Es sind nicht die offiziellen Strukturen des Betriebsratssystems, die den Kapitalismus in Frage stellen und seine Handlungsmacht einschränken. Solche Strukturen gehören zum kalkulierbaren innerbetrieblichen Reformsortiment, das den Bedingungen der neoliberalen Globalisierung keinen kapitalismuskritischen Ansatz entgegenstellt. Dies war der historische Preis für gesetzliche Anerkennung. Großfirmen und Konzerne sind außerdem mehr denn je in internationalen Maßstäben organisiert, wobei die Belegschaften verschiedenster Weltzonen vom Management jederzeit gegeneinander abgewogen und ausgespielt werden können. Um Handlungsmacht zurückzugewinnen und sich nicht ausspielen zu lassen - umso mehr um eine anarchosozialistische Gesellschaftsordnung zu erreichen - müssten die Belegschaften international kommunizieren, Wissen um die "anderen" erwerben, sich solidarisieren und gemeinsam vorgehen. Diese Dynamik entsteht nicht mit zentralistisch organisierten

Großgewerkschaften und über Stellvertreter*innensysteme, die der Vielzahl der verschiedensten Betroffenen nicht gerecht werden können, sondern durch direkte Kommunikation der Betroffenen selbst (wo ein Treffen nicht möglich ist z.B. via Mailkontakt, Telefonkontakt, Foren bilden, eine gemeinsame Homepage gründen usw.) sowie politische Selbstorganisation durch interne Netzwerke, die Betriebsräte umgehen (die oft genug das Einverständnis mit der Geschäftsführung suchen), über den 'eigenen Tellerrand' hinausschauen und schließlich unberechenbare Überraschungsmomente in den politisch-ökonomischen Widerstand einbringen. Eine solche internationale Vernetzung verschiedenster lokaler Belegschaften außerhalb der gängigen Strukturen ist von 'Oben' schwer zu kontrollieren und kann intensive Dynamiken freisetzen. Wie zur Zeit des „Sozialistengesetzes“ (s.o.) sind auch in Zeiten der kapitalistischen Globalisierung autonome Formen der Kooperation 'von Unten' eine überaus pragmatische Antwort auf herrschaftliche Verhältnisse. Hierzu ist die anarchosyndikalistische Organisationsform besser geeignet als zentralistische und hierarchisch gegliederte Großgewerkschaften mit ihren reformistischen Ansätzen und ihrem schwerfälligen und bezahlten Funktionär*innen-Apparat.

Literatur:

Hartmut Rübner, Freiheit und Brot. Die Freie Arbeiter-Union Deutschlands - Eine Studie zur Geschichte des Anarchosyndikalismus, in: Jochen Schmück (Hrsg.), Archiv für Sozial- und Kulturgeschichte, Band 5,
Berlin/Köln 1994

Ulrich Klan, Dieter Nelles, Es lebt noch eine Flamme. Rheinische Anarcho-Syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus,
Grafenau-Döffingen 1986

Augustin Souchy, Betriebsräte und Syndikalismus (1924), in: FAU Bremen (Hrsg.), Syndikalismus. Geschichte und Perspektiven, Ergänzungsband 5,
Bremen/Hamburg 2006, S. 11-18

Die anarcho-syndikalistische Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) Bielefeld

Öffnungszeiten des
Gewerkschaftslokals
der FAU Bielefeld:
jeden Montag 16 – 18 Uhr

Treffen des
Allgemeinen Syndikats (ASY-BI):
jeden 2.Montag, 18.30Uhr
(immer in den ungeraden Wochen)

in der Metzer Str. 20, Bielefeld
Kontakt:
Mail: faubi-kontakt@fau.org
Telefon:

web: http://bielefeld.fau.org/ und
www.fau.org/ortsgruppen/bielefeld

Unser Gewerkschaftslokal bietet:

- Gewerkschaftliche Beratung
- Politische und literarische Informationen
- ein „Bewegungsgedächtnis“ in Form einer Bibliothek und eines umfangreichen Audio-, Video-, Zeitschriften- und Dokumentenarchivs
- fair gehandelte, ökologisch hergestellte Produkte aus Kollektivbetrieben: Kaffee, Wein, Nudeln, Olivenöl

Seit ca. einem halben Jahr ist das
ANARCHISTISCHE FORUM OWL
föderiertes Mitglied der
FÖDERATION
DEUTSCHPRACHIGER
ANARCHIST*INNEN:

Warum haben wir uns föderiert?

:

Wir sind davon überzeugt, dass vor einer Emanzipierung der Gesellschaft Strukturen geschaffen werden müssen, auf die eine herrschaftsfreie Gesellschaft aufbaut. Diese Strukturen müssen im Hier und Jetzt aufgebaut werden, auch wenn es natürlich schwierig ist sich innerhalb der Zustände „einzurichten". Letzten Endes wissen wir, dass es kein Richtig im Falschem gibt und die Freiheiten, die wir uns nehmen uns jederzeit durch Repressionen seitens des Staatsapparates genommen werden können. Wir wollen uns auch nicht damit zufrieden geben Inseln im System zu schaffen.
Es geht uns nicht um schrittweise Verbesserungen oder Reförmchen, denn der radikale Umbau der vorherrschenden Hegemonie ist für uns alternativlos. Deswegen ist ein Zusammenkommen der Strukturen, oder besser der Menschen, die daran interessiert sind ein Leben auf Augenhöhe zu erreichen ein Schritt zu einer herrschaftslosen Gesellschaft.
Das ANARCHISTISCHE FORUM OWL hat viele Hochs und Tiefs erlebt und auch wenn wir den Erfolg unserer Arbeit eher im qualitativen denn im quantitativen Bereich sehen, ist es oft frustrierend wenn mensch sich das kleine Grüppchen unverbesserlicher Anarchistas anschaut und nicht wirklich einen Plan darüber hat, welchen Stellenwert die Gruppe besitzt(den Stellenwert, welchen wir uns selbst geben mal ausgeklammert).
Es ist immens wichtig zu wissen, dass mensch nicht alleine ist, dass es überall im deutschsprachigen Raum und natürlich auch darüber hinaus Menschen gibt, die den gleichen „Kampf" gegen die so viel mächtiger wirkenden Windmühlen führen. Das gibt Kraft und hilft dabei sich und seine Ideale wertzuschätzen...
Darüber hinaus ist es auch cool sich Input zu holen, von den Erfahrungen der anderen zu lernen, Materialien nicht immer selbst zu erstellen, sondern auf einen Fundus zugriff haben zu können usw. Kurz: Allein machen sie uns ein und unsere bedingungs- und grenzenlose Solidarität kann uns nicht genommen werden.

Aber, was ist eigentlich diese FdA?
Die Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen (FdA) ist ein Zusammenschluss von anarchistischen Gruppen, lokalen Föderationen und Netzwerken, sowie einigen Einzelpersonen, in deren Region keine anarchistischen Gruppen existieren. Zurzeit finden sich FdA-Mitglieder hauptsächlich im Osten, Westen und Südwesten Deutschlands, sowie der deutschsprachigen Schweiz. Generell steht die FdA allen interessierten Personen und Zusammenhängen im deutschsprachigen Raum, d. h. Deutschland, Österreich und der Schweiz offen, die die Prinzipien der FdA unterstützen.
Die Föderation bietet eine Plattform für den gemeinsamen Erfahrungsaustausch und eine überregionale, kontinuierliche Zusammenarbeit. Wir unterstützen uns gegenseitig bei größeren Projekten oder Problemen, sei es durch materielle Ressourcen, speziellem Know-How oder der Vermittlung von Kontakten. Die relativ große, geografische Verbreitung erleichtert die Mobilisierung zu verschiedenen Themen und Aktionen, oder die Verteilung von Material und ermöglicht bspw. vergleichsweise problemlos die Organisation von Rundreisen, Infotouren oder anderen koordinierten Aktionen. Darüber hinaus versuchen wir unser individuelles Wissen und unsere Fähigkeiten zusammen zu tragen und weiter zu geben, etwa durch die Sammlung von Tutorials, verschiedenen Ressourcenpools über Referent*innen, Übersetzer*innen oder bestimmten Adressen und Anlaufstellen oder durch Text-, Musik- und Bildarchive.
Neben der Praxis diskutieren wir über verschiedene Theorien und Ansätze und versuchen unser Verständnis des Anarchismus kontinuierlich weiter zu entwickeln und den aktuellen Gegebenheiten anzupassen. Dies beinhaltet aktuelle Ereignisse und unsere Stellung dazu, ebenso wie langfristige Perspektiven und Ziele, oder die permanente Reflexion über Zustand und Sinn unserer Organisation.
Dazu veröffentlichen wir Texte, Broschüren und Bücher und beteiligen uns mit Artikeln oder Redebeiträgen an laufenden Debatten. Neben anderen Veröffentlichungen, wie Postern, Aufklebern oder T-Shirts ist unser größtes publizistisches Projekt unsere monatliche Zeitschrift, die Gaidao.
Obgleich offiziell "unsere" Zeitschrift, versteht sie sich trotzdem als autonomes Projekt. Sie ist nicht alleiniges Organ unserer Ideen und Ansichten, sondern vielmehr ein offenes Forum, in dem über die Gegenwart berichtet und über die Zukunft diskutiert wird. Seit 2011 erscheint sie regelmäßig. War sie zu Beginn ein reines Online-Medium, so haben ein

vielfältiges, positives Feedback und der Wunsch einiger Redakteur*innen dazu geführt, dass sie seit Beginn des Jahres 2013 nun auch gedruckt erscheint und regulär abonnierbar ist.
Unser Arbeitsfeld ist, ebenso wie die Wahl unserer Mittel und Aktionsformen, unspezifisch, aber nicht beliebig. Alle Mitglieder tragen Themen, mit denen sie sich aktuell beschäftigen oder zukünftig beschäftigen wollen in die Föderation, woraufhin diskutiert wird, in wie weit eine Beteiligung oder Unterstützung möglich ist.
Im deutschsprachigen Raum versuchen wir uns mit verschiedenen emanzipatorischen Strukturen und Projekten zu vernetzen, um miteinander über verschiedene Themen zu diskutieren und gegenseitige Unterstützung in verschiedenen Kämpfen zu leisten. Wir unterstützen überregionale Mobilisierungen zu Demonstrationen und Solidaritätsaktionen und beteiligen uns in vielfältiger Form an Kämpfen und Protesten (nicht nur) der radikalen Linken.
Wir engagieren uns mittlerweile wieder verstärkt auf internationaler Ebene in der IFA und setzen die Solidaritätsaktionen, die in diesem Rahmen initiiert werden, in unserem Wirkungsgebiet um.
Daneben arbeiten wir punktuell mit anarchistischen Strukturen aus angrenzenden Ländern zusammen und versuchen diese Zusammenarbeit weiter auszubauen und zu intensivieren. Neben praktischen Aktionen arbeiten wir auf dieser Ebene an strukturellen Problemen der internationalen Zusammenarbeit, wie verschiedenen Sprachkompetenzen oder dem Zugang zu materiellen Ressourcen und versuchen Lösungsansätze zu entwickeln und zu erproben.
Jede*r, der oder die Interesse daran hat, in der FdA mitzuwirken, kann uns gerne jederzeit kontaktieren, entweder via E-Mail (fda-organisation@riseup.net) oder auch gerne persönlich, d. h. über jede Gruppe, Netzwerk oder Föderation, die Teil der FdA ist. Spezielle Voraussetzungen oder Bedingungen, um bei uns mitzumachen, gibt es nicht, abgesehen davon, dass du natürlich die Ideen des Anarchismus und unsere Prinzipien, Projekte und Vorstellungen gut und unterstützenswert finden solltest. Falls du in einer Stadt/Region lebst, in der es bereits FdA-Mitglieder gibt, würden wir dich mit diesen in Kontakt bringen, falls dies nicht sowieso schon geschehen ist. Die Menschen vor Ort würden sich dann je nach Bedürfnis ein, oder mehrere Male ganz ungezwungen mit dir treffen, damit ihr euch gegenseitig kennenlernen könnt, du alle Fragen, die du so rund um die FdA hast, loswerden kannst und beide Seiten schlussendlich entscheiden, ob eine Mitgliedschaft für alle Sinn macht. Praktisch würde die Mitgliedschaft in der FdA in diesem Fall über den Eintritt in die jeweilige Gruppe funktionieren. Das hat den Hintergedanken, dass wir die Erfahrung gemacht haben, dass ein Zusammenschluss von mehrheitlichen Einzelpersonen in dieser geografischen Größe wenig Sinn macht. Viele Menschen haben einfach nicht die Kapazitäten, um sich alleine ausreichend in der FdA einzubringen, ständig auf dem neuesten Stand zu sein, zu den Treffen zu fahren, an Projekten mitzuarbeiten, gerade wenn sie lokal noch in anderen Projekten eingebunden sind, oder sowieso wenig Zeit durch Lohnarbeit, Familie oder Ausbildung haben. Darüber hinaus sind Diskussionen und Entscheidungsprozesse weit zeitaufwendiger und teilweise gar nicht durchführbar, wenn sie von Dutzenden oder Hunderten Individuen zentral geführt werden, als vorher in lokalen Zusammenhängen.
Falls du aus einer Region kommst, in der es keine FdA-Mitglieder gibt, oder du aus irgendwelchen Gründen nicht Teil einer lokalen Gruppe werden kannst oder willst, ist das natürlich kein prinzipieller Hinderungsgrund. Wenn dies auf dich zutrifft, melde dich einfach bei uns, wir finden dann gemeinsam eine Lösung.

https://fda-ifa.org/

ANARCHISMUS
FÜR EINSTEIGER*INNEN

Ricardo Kaufer

Individual-Anarchismus
– Individuum und Staatskritik

Emile Armand (eigentlich Ernest-Lucien Juin, 1872-1962), der als einer der wichtigsten Vertreter des Individualanarchismus in Frankreich gilt, definiert den Begriff des „individualistischen Anarchismus" in seinem Beitrag „Anarchie, anarchisme, individualisme anarchiste" wie folgt: „Die individualistischen Anarchisten sind die Anarchisten, die den individualistischen Standpunkt des anarchistischen Verständnisses vom Leben, das heißt grundsätzlich die ganze Realisation des Anarchismus durch die „individualistische Tat" und die anarchistisch-menschliche Einheit, die Kern von jeder Gruppierung, Gemeinde und anarchistischer Vereinigung sind, in Betracht ziehen" (zitiert nach Maurice Schuhmann 2015: 86). Deutlich wird, dass das Individuum Ausgangspunkt jeder gesellschaftlichen Organisation sein sollte. Armand betrachtet den Individualanarchismus weiterhin als humanistisches, moralisches und soziales Ideal. Als soziales Ideal beinhaltet der Individualanarchismus, dass in einer Gesellschaft, welche entsprechend individualanarchistischer Prinzipien organisiert wird, „die Menschen – isoliert oder assoziiert – ihr individuelles Leben in seinen intellektuellen, ethischen, wirtschaftlichen Aspekten durch ein freies Abkommen bestimmen würden" (Armand 1924: 71).

Vertreter*innen des Individualanarchismus

Neben Armand zählen zu den bekannteren Vertretern des Individualanarchismus Henry David Thoreau, Benjamin R. Tucker, John Henry Mackay und Max Stirner. Darüber hinaus wurde die philosophisch-politische Strömung des Individualanarchismus von weiteren politischen Akteur*innen und Schriftsteller*innen des 18. Und 19. Jahrhunderts beeinflusst, z. B. Thomas Jefferson (1743-1826), Herbert Spencer (1884: The Man versus the State), Pierre-Joseph Proudhon. Insgesamt stellt der Individualanarchismus eine Synthese einer europäischen Strömung um Stirner und Mackay und einer Denkströmung, die im amerikanischen und englischen Liberalismus verwurzelt ist, dar (Schuhmann 2015: 89).

Theorie, Staatskritik und Vorgehensweise

Für die Vertrter*innen des Individualanarchismus steht die gleiche Freiheit aller im Vordergrund und bedeutet insbesondere die Abwesenheit von Zwang und Eingriffen in die persönlich-individuelle Handlungsfreiheit. Im Eintrag zum „Individualanarchismus“ im DadAWeb ist formuliert: „Die Anhänger des individualistischen Anarchismus wollen ihr Ziel, eine Gesellschaft der "gleichen Freiheit Aller", d.h. die Beseitigung des Staates als Träger und (gewalttätigem) Beschützer von Monopolen und damit Garant der Ungleichheit, in erster Linie mit den Mitteln der Aufklärung und der Verweigerung (Steuerstreik) erreichen; Gewalt betrachten sie als untaugliches Mittel“. Nach Benjamin R. Tucker sei Individualanarchismus die „Doktrin, dass alle menschlichen Angelegenheiten von Individuen oder freien Assoziationen geregelt werden, und dass der Staat abgeschafft werden sollte“ (Tucker 2005: 9). Zum Staat formulierte Tucker, dass „wir mit dem Begriff „Staat“ Institutionen bezeichnen, die den Absolutismus in seiner extremen Form verkörpern und Institutionen, die ihn mit mehr oder weniger Liberalität mäßigen“ (Tucker 2005: 22). John Henry Mackay erklärt in seinem Roman Die Anarchisten. Ein Sittengemälde des 19. Jahrhunderts, dass der Staat privilegierte Gewalt sei und Gewalt den erhalte. Stirner definierte den Staat als „ein Gewebe und Geflecht von Abhängigkeit und Anhänglichkeit…eine Zusammengehörigkeit, ein Zusammenhalten, wobei die Zusammengeordneten sich ineinander schicken, kurz gegenseitig voneinander abhängen: er ist die Ordnung der Abhängigkeit“ (Stirner 2009: 227). Frei sei das Ich deshalb in keinem Staate (ebd.: 231). Stirner unterscheidet folgerichtig auch nicht zwischen den Staatsformen, z. B. Monarchie und Republik, und disqualifiziert jeden Staat als „Despotie“ (Stirner 2009: 201). Überzeugend ist Stirners Diktum, wonach „Staat, Kaiser, Kirche, Gott, Sittlichkeit, Ordnung usw. solche Gedanken oder Geister sind, die nur für den Geist sind“ (Stirner 2009: 82). Als Alternative bietet Stirner den „Verein von Egoisten“ (ebd.: 228) an, in dem sich die Menschen frei vereinen. Dabei „besitzen“ die Individuen die Vereine und können ihre Mitgliedschaft jederzeit kündigen, da die Vereine auf freier Übereinkunft beruhen (Schuhmann 2015: 95). Beispielhaft verweist Stirner auf Kinder, die sich spontan zu einer Spielkameradschaft zusammenschließen und nach dem Spiel wieder auseinandergehen (Stirner 2009: 445). Der Unterschied zwischen Staat und anderen Institutionen sei, dass diese fix und von den Individuen nicht veränderbar seien, während die Vereine jederzeit verändert werden könnten. Der Staat sei zudem eine von den Menschen bereits verinnerlichte Idee (Schuhmann 2015: 100), welche zudem Abhängigkeit befördere.

Probleme und Streitfragen

Im Verhältnis zu kollektivistisch-kommunistischen Strömungen des Anarchismus und erst recht zu anderen kommunistischen respektive sozialistischen Strömungen ergeben sich zentrale theoretische Differenzen:

- Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv
- Frage des Privateigentums
- Politisch-revolutionäre Strategie

Verhältnis zwischen Individuum und Kollektiv

Armand grenzte den individualistischen Anarchismus explizit vom kommunistischen Anarchismus ab, da die Protagonist*innen des kommunistischen Anarchismus nach Armand das Individuum zu wenig berücksichtigten (Schuhmann 2015: 87). Zentrale Streitfrage ist die Stellung des Individuums. Für die Vertreter*innen des Individualanarchismus ist das Kollektiv dem Individuum unterzuordnen, worin ein Gegensatz zum kollektivistisch-kommunistischen Anarchismus zu sehen ist (vgl. Schuhmann 2015: 88). Ausgangsbasis und Ziel sei nach Schuhmann im Individualanarchismus das Individuum (Schuhmann 2015: 101), anhand dessen Stellung und Rolle jegliche gesellschaftliche Organisationsform zu bewerten sei.

Frage des Privateigentums

Schuhmann argumentiert, dass für die Vertreter*innen des Individualanarchismus das Privateigentum nicht zu verwerfen sei, da es „als Grundlage für die Entfaltung des Individuums betrachtet“ (Schuhmann 2015: 88) werde. Persönlichkeitsentwicklung wird folglich an die Verfügung (und möglicherweise Gestaltung) über Gegenstände gekoppelt. Garantieren solle den Schutz des Privateigentums nach Tucker lediglich die „Macht der Verteidigung“ (Tucker 2005: 400).

Politisch-revolutionäre Strategie

Für Individualanarchist*innen wie Thoreau und Stirner stehen als Mittel zur Erreichung ihrer Ziele individuelle Revolte, ziviler Ungehorsam (Thoreau 1849: Resistance to Civil Government (Civil Disobedience)) und Empörung im Vordergrund. Nach Stirner sei die soziale Revolution nicht emanzipatorisch, da sie keine „Erhebung des Einzelnen“ (Stirner 2009: 119, 319-320, zit. nach Schuhmann 2015: 88) sei. Stattdessen würden die Individuen zu „Werkzeugen dieser Idee“ (Stirner 2009: 119, 319-320, zit. nach Schuhmann 2015: 88). Insbesondere kritisieren Individualanarchist*innen die Revolution, da diese wiederum zu neuen fixen Ideen führen würde (Schuhmann 2015: 100).

Literatur

Armand, Emile (1924): Anarchie, anarchisme, individualisme anarchiste. In: Faure, Sebastién (Hrsg.): Encyclopédie Anarchiste. Band 1: A-D, Paris. S. 69-71.

DadAWeb (2017): Individualanarchismus. Abrufbar unter: http://dadaweb.de/wiki/Individualistischer_Anarchismus

Schuhmann, Maurice (2015): Individualanarchismus – Staatskritik und alternative Gesellschaftsordnung. In: Seyferth, Peter (Hrsg.): Den Staat zerschlagen! Anarchistische Staatsverständnisse. Nomos-Verlagsgesellschaft Baden-Baden

Stirner, Max (2009): Der Einzelne und sein Eigentum. Ausführlich kommentierte Studienausgabe. Hrsg. Von Bernd Kast. Freiburg/München.

Tucker, Benjamin R. (2005): Instead of a book. By a man too busy to write one – a fragmentary exposition of philosophical anarchism. Port Chesten. NY.

SCHULKRITIK:

Was läuft schief?

Millionen Jugendliche gehen täglich ihrem gewohntenAlltagstrott nach - fast weltweit. Nur fast, da Bildung heute das Vorrecht reicher Industriestaaten zu sein scheint, welche uns jenes ausgewählte Wissen durch die Schule als Institution der Wissensvermittlung zu Teil werden lässt. Zweifel daran werden kaum geäußert, zu logisch scheint, dass das, was man jungen Menschen vorsetzt, richtig sein muss. Dies führt dazu, dass gemeinhin nicht nur die staatlich vorgegebenen Bildungsinhalte nicht in ihren Grundfesten angezweifelt werden, sondern dass auch die Schule als Institution im allgemeinen SchülerInnenkreis nicht zum Objekt einer wirklichen Kritik wird, die über das typische "Schule ist Scheiße" hinausgeht. Die eigentlichen pädagogischen Grundfesten der Schule bleiben unhinterfragt. Dabei hat eine ernstzunehmende Schulkritik nicht primär etwas damit zu tun, dass man der Schule eine Absage erteilt, da man entweder schlichtweg keinen Bock auf sie hat oder meint, Bildung nicht nötig zu haben. Vielmehr präsentiert sich die Schule heute als ein Abbild der Gesellschaft, in der die Interessen des Staates auf autoritäre Art und Weise zur Anwendung kommen, gezielt propagiert bzw. indoktriniert und geschickt mit "wirklicher" Bildung vermengt werden.

Was wir kritisieren

Die real existierenden Machtverhältnisse in der Schule, in der Regel Schulleitung - Schulreglement - Lehrkräfte - SchülerInnen stellen ein Abbild unserer derzeitigen Gesellschaft dar. Sie ist instrumentalisiert und institutionalisiert worden, um junge Menschen zu "mündigen Bürgern" beziehungsweise "willigen Arbeitern" zu formen, was sich nicht widerspricht.

• Durch die Schulpflicht sind alle Kinder ab dem 7. Lebensjahr zum Gehorsam gegenüber den Lehrkräften gezwungen. Dadurch unterscheidet sich das heutige Schulsystem um nichts von dem in einem totalitären Staat.

• Über die Noten wird erstens ein stetiger Leistungsdruck erzeugt und damit ein Konkurrenzprinzip etabliert und zweitens eine willkürlich festgelegte Skala die Schüler der Willfährigkeit der Lehrkraft aussetzt, da der Notenmassstab durch sie angesetzt wird. Durch die verschiedenen Schultypen, wie etwa Prim oder Sek, wird ein beständiger Leistungsdruck erzeugt, besser zu sein als die Anderen, da diese schulische "Leistung" entscheidend für spätere Tätigkeit und Arbeitsverhältnisse der SchülerInnen ist. Wer nicht zur Elite gehört, hat eben Pech. Dies führt bereits in jungen Jahren zu chronischem Stress und das Resultat des sturen Büffelns ist die Förderung von Werten wie Ignoranz und Egoismus.

• Der Lehrer als Autoritätsperson stellt für die SchülerInnen die Exekutive dar, durch welche die Unterrichtsinhalte festgesetzt und die Ziele der Schule umgesetzt werden. Voraussetzung dafür ist ein kompromisslos funktionierendes Verhältnis Lehrer-Schüler. Das gemeinsame Miteinander beschränkt sich auf das Ausführen der den SchülerInnen zugedachten Aufgaben, nämlich zu Büffeln und die Autorität nicht in Frage zu stellen. Es geht hier nicht um Mit- oder gar Selbstbestimmung, da das heutige Schulsystem sonst nicht mehr reibungslos funktionieren würde.

• Die heutigen Schülerorganisationen sind bloße Alibiübungen und genauso undemokratisch wie der Rest der Schule. Unsere rechtliche "schulische Demokratie" hat einzig repräsentativen Charakter, denn die VertreterInnen der Klassen besitzen in Ihrer Funktion keine Macht, da diese in den Händen des entsprechenden Autoritätsträgers, dem Lehrkörper, verbleibt.

Lesetipp:

Erziehung und Bildung ohne Herrschaft,
Broschüre der FAU
Aus einem Sonderheft der "Rebellion"
zum SchülerInnenstreik am 1.4.2004 in Bern (Schweiz)

Originaltext:
http://www.rebellion.ch/textes/gegen_den_neoliberalen.htm
https://www.anarchismus.at/anarchistische-paedagogik/306-wasla-euftschief

Projekte & Gruppen

EDITION BLACKBOX

(seit 1994)

Libertäre Literatur & Anarcho-Poetry

Homepage:

https://conaction.noblogs.org/edition-blackbox

Mailkontakt:

edblackbox@yahoo.de

Das FAU – Lokal bietet:

★ kostenlose Hilfe und Tipps bei Ärger oder Stress auf der Arbeit, dem Amt: zu wenig oder gar kein Geld ausgezahlt, Urlaub verweigert, unbezahlte Überstunden

★ einen Treffpunkt, um sich mit Menschen auszutauschen, die unseren Ideen nahe stehen, die einfach mehr wissen, einen Kaffee trinken, Zeitung oder Buch lesen, diskutieren wollen

★ einen Raum für inhaltliche Veranstaltungen, Diskussionen, Lesungen, Literatur, Filme, Kleinkunst

★ fair gehandelte, ökologisch hergestellte Produkte aus Kollektivbetrieben: Kaffee, Wein, Nudeln, Olivenöl usw.

★ ein „Bewegungsgedächtnis“ in Form einer Bibliothek mit mehreren tausend Bänden, ein umfangreiches Zeitschriften und Dokumentenarchiv sowie eine Vielzahl audiovisueller Medien

★ eine Vernetzung mit weiteren Basisgewerkschaften und – gruppen in Bielefeld und der ganzen Welt

WIR BRAUCHEN EURE SOLIDARITÄT, IDEEN & MITHILFE

Das FAU LOKAL benötigt zur Deckung der Mietkosten eure Solidarität. Das kann natürlich über Spenden erfolgen, lieber sehen wir euch aber als aktive Mitgestalter*innen unseres Zentrums:

★ Braucht deine Gruppe einen Ort, an dem sie ungestört plaudern und planen kann?

★ Brauchst du einen ruhigen Ort inklusive kostenlosem Internet, um an deinem Projekt arbeiten zu können?

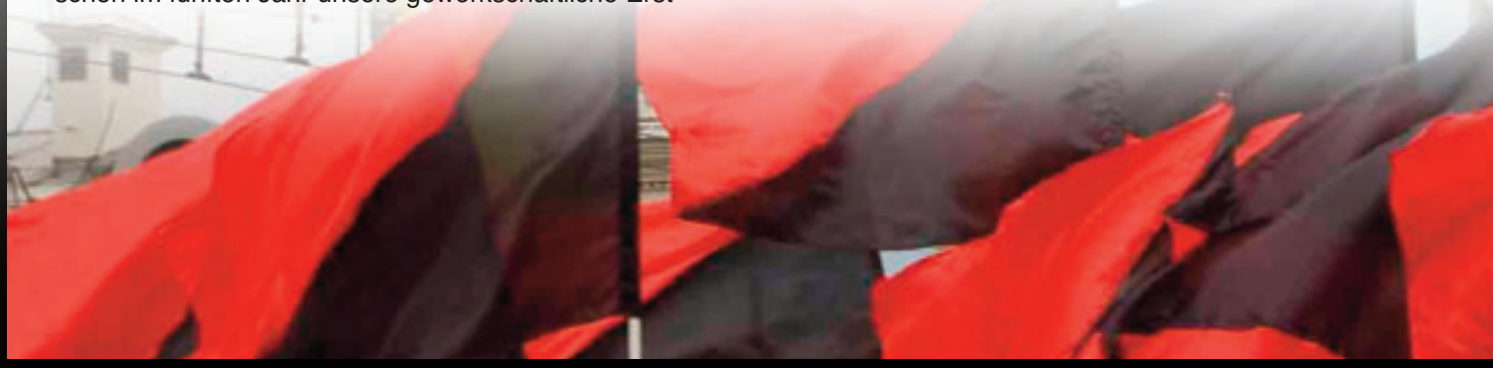
★ Wird ein Platz zur Erteilung von Nachhilfe gesucht?

★ Was immer dir einfällt!

Seit 2013 befindet sich das FAU LOKAL in der Metzer Straße 20. Grund der Eröffnung war, einen festen Anlaufpunkt in Bielefeld zu schaffen, nachdem die **FAU** BIELEFELD sich über die Jahre schon an Orten wie der Bürger*innenwache, dem AJZ oder dem Umweltzentrum getroffen hat. Mittlerweile bieten wir schon im fünften Jahr unsere gewerkschaftliche Erstberatung am jedem Montag zwischen 16 und 18 Uhr an. Natürlich finden auch die Treffen des allgemeinen Syndikat der **FAU** BIELEFELD immer montags in den ungeraden Kalenderwochen ab 18:30 Uhr statt.

Auch das **ANARCHISTISCHES FORUM OWL** nutzt das Lokal für die jeden Mittwoch ab 18 Uhr stattfindenden offenen Treffen.

Doch vor Ort wird nicht nur über Strategien für die Überwindung der herrschenden Zustände diskutiert, sondern auch versucht, einen herrschaftsfreien Umgang untereinander zu pflegen, um dadurch ein Zusammenarbeiten auf Augenhöhe zu ermöglichen. Die **FAU** als anarcho-syndikalistische Gewerkschaft und das **AFOWL** als anarchistische Gruppe streben eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an, in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können. Diese Form des Zusammenlebens kann nicht auf einen fernen Tag „nach der Revolution“ verschoben werden, sondern muss im Hier und Jetzt erlernt und praktiziert werden, um Strukturen zu schaffen, auf die aufgebaut werden kann. Strukturen, die ein Fundament für einen radikalen Neuaufbau der gesellschaftlichen Zustände bieten.



Veranstaltungen im FAU LOKAL:
Um Selbstbildung im Sinne eines hierarchiefreien Wissenserwerbs geht es beim am letzten Freitag des Monats stattfindenden **SCHWARZEN FREITAG**. Bei dieser Veranstaltung schauen wir gemeinsam Filme (z.B. MEMORIA VIVA, JE LUTTE DONC JE SUIS) oder haben einfach nur einen netten Abend bei netter Musik und noch netteren Gesprächen; welche aber auch schon mal in einen lebhaften Diskurs münden können und dürfen.

Des Weiteren gibt es regelmäßige Vorstellungen anarchistischer Ideen bei den ANARCHISTISCHEN KLASSIKER*INNEN, gemeinsame Kochaktionen, Spieleabende, Lesungen und alles, was uns sonst noch so einfällt.

DAS **FAU** LOKAL ALS SOZIALES ZENTRUM BENÖTIGT MENSCHEN DIE IHRE IDEEN EINBRINGEN. DARÜBER HINAUS KÖNNEN WIR NICHT VERSCHWEIGEN, DASS DAS FORTBESTEHEN AUCH FINANZIELLE DECKUNG BRAUCHT.

Unser Konto:
FAU Bielefeld
IBAN: DE47 8306 5408 0004 7884 78
BIC: GENODEF1SLR
Deutsche Skatbank*

*Anmerkung: Die „Deutsche Skatbank“ ist eine Zweigniederlassung der Volks- und Raiffeisenbank Altenburger Land e.G.

Die nächsten Termine im FAU LOKAL

Jeden Montag
von 16.00 – 18.00 Uhr:
Gewerkschaftliche Beratung und Café

SCHWARZER FREITAG
29.09.17

TREFFEN des ANARCHISTISCHEN FORUM OWL
jeden Mittwoch um 18:00 Uhr

Alles im FAU – LOKAL,
Metzer Straße 20 (Ecke Mühlenstr.),
Bielefeld

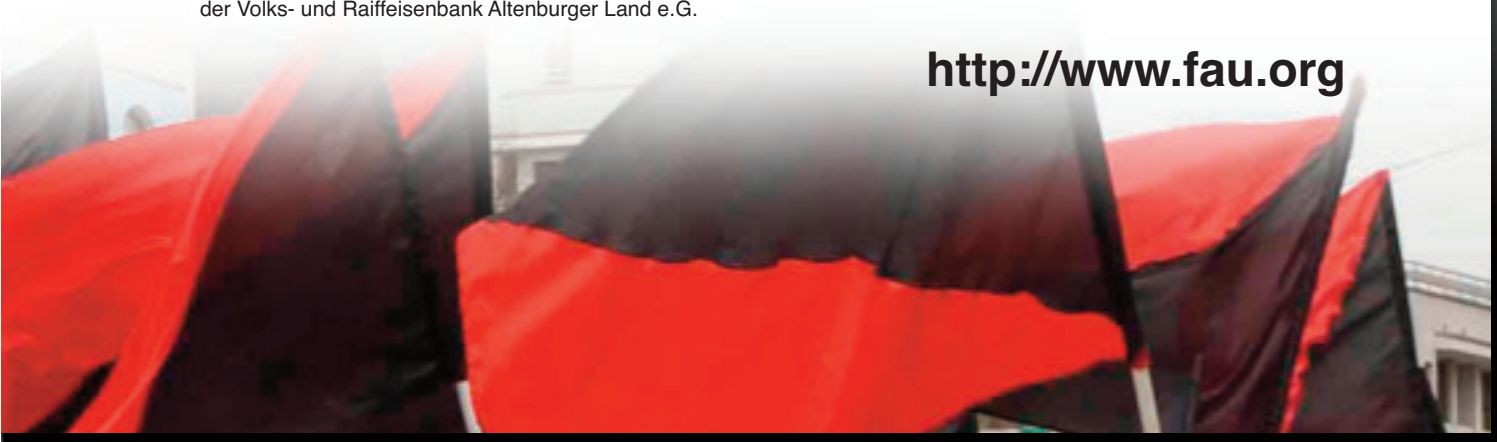
Die **FAU** Bielefeld ist eine unabhängige, basisdemokratische und selbstorganisierte Gewerkschaft ohne Funktionäre! Sie ist bundesweit in der Gewerkschaftsföderation der **Freien ArbeiterInnen Union (FAU)** organisiert. Diese ist eine klassenkämpferische Gewerkschaftsföderation. Sie geht von einem grundsätzlichen Interessengegensatz zwischen Kapital und Lohnabhängigen aus.
Die **FAU** besteht aus Zusammenschlüssen von unabhängigen Syndikaten. Basis der Organisierung bilden die unabhängigen Syndikate, die sich die Ziele und Prinzipien der **FAU** und des Anarchosyndikalismus zu eigen machen. In der **FAU** entscheiden die Mitglieder selbst. FunktionsträgerInnen und Delegierte sind weisungsgebunden und lediglich ausführende Organe.

Die **FAU** strebt eine libertäre, klassenlose Gesellschaft an, in der alle Menschen gemäß ihren Bedürfnissen leben und ihre Fähigkeiten frei entfalten können.

FAU Bielefeld
Gewerkschaftslokal der FAU Bielefeld
Metzer Straße 20 I 33607 Bielefeld
faubi-kontakt[at]fau.org

Treffen der FAU Bielefeld
Allegemeines Syndikat (ASy) Bielefeld - für alle Berufe:
jeden 2. Montag (immer in den ungeraden Wochen),
ab 18.30Uhr

http://www.fau.org



SOLI-ABO+++++SOLI-ABO+++++SOLI-ABO+++++++SOLI-ABO

Liebe Freund*innen der conAction,

wir möchten euch die Möglichkeit geben die Druckausgabe unseres Magazin direkt nach Erscheinen aus eurem Briefkasten zu fischen.
Aus diesem Grunde bieten wir euch ab sofort die Möglichkeit ein **SOLI-ABO** zu schalten.

Ein Jahresabo umfasst 4 Ausgaben, kostet euch den Mindestbetrag von 15 Euro inkl Porto (oder was ihr zu geben bereit seid) und endet danach mit einer Mitteilung unsererseits.

Festzuhalten wäre hier nochmal ausdrücklich,
dass es sich bei der conAction um ein **NON PROFIT PROJEKT** handelt;
d.h. wir sind weder gewinnorientiert noch werden wir es werden.
Jeder Cent der bei uns landet, fließt zu 100% in das Projekt.
Eine Selbstverständlichkeit, die wir aber gerne noch einmal extra betonen!

Durch ein **SOLI-ABO** unterstützt ihr das Magazin und was daraus noch werden kann.
Aber auch hier wollen wir nochmal darauf hinweisen, dass uns eure Mitarbeit noch viel wichtiger ist, als euer Geld....
Beides braucht die conAction für ihr Weiterbestehen.

Schickt das Geld per Brief an:

conAction
Metzer Str. 20
Bielefeld

Oder schickt eine Mail an conaction[at]riseup.net um unsere Kontodaten zu erfragen.

Danke für eure Aufmerksamkeit
Eure conAction Redaktion

PS. Die conAction wird es natürlich weiterhin gratis zum Download auf unserer Homepage geben!

In eigener Sache

wer wir sind und was wir wollen

Die FAU Bielefeld

ist eine unabhängige, basisdemokratische und selbstorganisierte Gewerkschaft ohne Funktionäre! Sie ist bundesweit in der Gewerkschaftsföderation der Freien ArbeiterInnen Union (FAU) organisiert. Wir Anarcho-SyndikalistInnen haben die herrschaftslose, ausbeutungsfreie, auf Selbstverwaltung begründete Gesellschaft zum Ziel.
Die Selbstbestimmung in allen Lebensbereichen ist die grundlegende Idee des Anarcho-Syndikalismus. Daher lehnen wir die Organisation unserer Interessen in zentralistisch aufgebauten Organisationen ab, da diese stets Machtkonzentrationen und Hierarchie bedeuten.
Weder soll, noch kann mensch mit Stellvertreter*innen-Politik wie sie zum Beispiel von reformistischen Gewerkschaften, Parteien und Kirchen betrieben wird, unsere Interessen durchsetzen.

Alle Menschen, die in diesem Sinne mit uns zusammenarbeiten wollen, sind uns willkommen.

Deshalb tretet bei, bringt euch ein, werdet aktiv.

TREFFEN:
Jeden 2. Montag
GEWERKSCHAFTSLOKAL DER FAU/
Metzer Straße 20 /Ecke Mühlenstraße
33607 Bielefeld
bielefeld.fau.org

Das Anarchistische Forum OWL

ist die Szenen übergreifende, offene anarchistische Organisation für Ostwestfalen- Lippe.
Wir verfolgen das Ziel vorhandene anarchistische Strukturen in OWL zu vernetzen und Menschen zusammenzuführen die alleine in ihrem stillen Kämmerlein von einer besseren Welt träumen und vielleicht gar nicht wissen, dass es ähnlich denkende Menschen gibt. Fühlt euch frei zu unseren Treffen zu kommen oder uns erst mal hier zu kontaktieren:

afowl@riseup.net

TREFFEN:
JEDEN ERSTEN UND DRITTEN
MITTWOCH DES MONATS UM 18:00 Uhr
Im Zentrum BETTER DAYS
Metzer Straße 20 / Ecke Mühlenstraße
Bielefeld

Die conⒶction

versteht sich als offenes Projekt und lebt von einer regen Beteiligung möglichst vieler.
Unsere Themen sind dabei so vielfältig wie wir selbst. Also ganz gleich ob aktuelle Berichte, historische oder theoretische Abhandlungen, Gedichte, vegane Koch-Rezepte oder Handwerktipps, wenn du denkst, dass etwas in eine anarchistische Zeitschrift wie diese passt, melde dich doch einfach mal!
Besonders freuen wir uns natürlich über Menschen, die längere Zeit an der **conⒶction** mitarbeiten wollen, egal ob in der Redaktion, oder „nur" an einem speziellen Thema.

conaction@riseup.net

Wofür wir stehen

- Wir stehen für eine Gesellschaft, die allen Menschen, ungeachtet ihrer Herkunft, ihrer Geschlechtsidentität, ihres Alters oder anderer Eigenschaften ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit ermöglicht, in freier Assoziation mit anderen Menschen.

- Wir stehen für Selbstorganisation und Selbstverwaltung in allen Lebensbereichen, in der Politik, in der Güterproduktion und -Verteilung, in der Bildung, in allen Bereichen des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Freie Menschen in freien Vereinbarungen!

- Wir stehen für einen Anarchismus der Vielfalt, der sich nicht auf eine Richtung oder eine Szene beschränkt. Bei uns sind alle Konzepte, Aktionsformen und Lebensentwürfe willkommen, die sich mit anarchistischen Prinzipien in Einklang bringen lassen.

- Wir stehen für den Aufbau einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung, an der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können. Da die heutige Gesellschaftsordnung grundlegend von den zentralen Unterdrückungsmechanismen Sexismus, Kapitalismus und Rassismus geprägt ist, ist ihre revolutionäre Überwindung für uns eine Notwendigkeit. Da auch wir ein Teil dieser Gesellschaft sind, ist es ebenfalls notwendig, allen Erscheinungsformen des Autoritarismus wie bspw. elitären, dominanten oder patriarchalen Verhaltensweisen auch in unseren Zusammenhängen entschieden entgegen zu treten.

- Wir stehen für eine Gesellschaftsordnung, die nicht nur von kapitalistischen, sondern auch von sexistischen und patriarchalen Unterdrückungsverhältnissen befreit ist. Wir bekämpfen diese Unterdrückungsverhältnisse nicht nur gesamtgesellschaftlich, sondern streben auch in unseren eigenen Zusammenhängen eine Kultur an, die frei von sexistischer und patriarchaler Unterdrückung, Homophobie und Transphobie ist.

- Wir stehen für eine Gesellschaft, die auch frei von rassistischer Unterdrückung und Diskriminierung ist. Die Bekämpfung aller Formen von Rassismus und Antisemitismus ist unser Ziel. Wir stehen für eine Gesellschaft frei von materieller Not, in der alle Menschen ihre Bedürfnisse, materiell wie immateriell, gleichberechtigt befriedigen können.

- Wir stehen für den Aufbau einer Ökonomie, die die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse bei gleichzeitigem Schutz der Natur ermöglicht. Zu diesem Zwecke befürworten wir die selbstbestimmte Nutzung von Technik unter Beachtung des ökologischen Gleichgewichts. Die kapitalistische Ausbeutung von Mensch und Natur lehnen wir ebenso ab wie die Menschen- und Technikfeindlichkeit.

- Wir stehen für den Aufbau einer basisdemokratischen Wirtschaftsordnung, die die kapitalistischen Eigentums- und Unterdrückungsverhältnisse überwindet und eine selbstverwaltete, bedürfnisorientierte Produktion und Verteilung von Gütern sicherstellt. Die Kontrolle über die Produktion kann nur von den Produzierenden selbst ausgeübt werden!

- Wir stehen für den Aufbau eines Bildungswesens, das allen Menschen ein selbstbestimmtes Lernen zur freien Entfaltung ihrer Persönlichkeit, ihrer Fähigkeiten und Neigungen ermöglicht; ein Bildungswesen frei von Zwang, Konformitätsdruck und kapitalistischer Zurichtung. Gesellschaftliches Wissen muss allen Menschen gleichermaßen zugänglich sein!

- Wir stehen für die Verknüpfung lokaler und globaler Kämpfe. Allen Menschen weltweit, die um ihre Freiheit und Würde kämpfen, gilt unsere tatkräftige Solidarität. Gleichzeitig sind wir kontinuierlich vor Ort politisch tätig, um eine freiheitliche Gesellschaftsordnung aufzubauen.

Für eine Gesellschaft der Freiheit, des Friedens und der Gerechtigkeit!

Für die Anarchie!

★ ANARCHISTISCHES FORUM OWL ★